

# Keramischer Bund

Wochenblatt für den Keramischen Bund

Industrieverband für die Glas-, Porzellan-, Ziegel-, Grobkeramische und Baustoff-Industrie  
Abteilung des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonnabend — Bezugspreis 1.20 RM im Vierteljahr — Verlag, Schriftleitung und Verlagsstelle: Charlottenburg 1, Brabeckstraße 2-5 — Fernruf: Amt Wilhelm 5646 und 5647

Nummer 49

Berlin, den 5. Dezember 1931

6. Jahrgang

## Die Verhandlungen im Wirtschaftsbeirat

Steigende Arbeitslosigkeit als Folge der durch Abschwächung und Kreditnot verursachten Einschränkung der deutschen Wirtschaft, Schwierigkeiten auf dem Kapitalmarkt, Währungsinstabilität und anderes mehr hatten den Reichspräsidenten Hindenburg veranlaßt, Mitte Oktober den Wirtschaftsbeirat zu berufen. Als dessen Aufgabe hatte der Reichspräsident in seinem Schreiben vom 14. Oktober an den Reichskanzler bezeichnet, mitzuhelfen, „ein wirtschaftlich wirksames und sozial gerechtes Wirtschaftsprogramm aufzustellen und durchzuführen“. Ziel dieses Programms sollte sein, „die Arbeitslosigkeit zu mindern, die Produktionskosten zu verringern und die Lebenshaltungskosten herabzusetzen“. Als Mitglieder des Wirtschaftsbeirats sollten Persönlichkeiten des Wirtschaftslebens berufen werden, die ihre Aufgabe möglichst frei von jeglicher Bindung zu lösen versuchen sollten. Da Abstim-mungen nicht erfolgen, „Beschlüsse“ nicht gefaßt werden sollten, war von vornherein irgendwelche Parität nicht vorgesehen: etwa 20 Vertretern des Handels und Handwerks, der Industrie und Landwirtschaft standen 6 Vertreter der Arbeiter und Angestellten gegenüber.

Den ersten beiden Plenarsitzungen des Beirats wohnte der Reichspräsident bei. In seiner einleitenden Rede am 20. Oktober betonte der Reichskanzler, daß für alle künftigen notwendig werdenden Maßnahmen die Reichsregierung allein die Verantwortung trage, der Beirat aber ihr diese Aufgabe erleichtern sollte durch klare Unterlegung der Verhältnisse der deutschen Wirtschaft. Die Aufrechterhaltung unserer Währung sei unbedingt notwendig, andererseits aber eine größere „Elastizität“ der Wirtschaft. So gespannt auch die Finanzlage sei, so sehr müsse das absolute Gleichgewicht in Einnahmen und Ausgaben in Reich, Ländern und Gemeinden aufrechterhalten bleiben. Von besonderer Bedeutung für den deutschen Export sei der Sturz des englischen Pfundes, bezüglich dessen nicht abzusehen sei, auf welchem Stande es stabilisiert werden würde, ebenso sehr aber die Gefahr einer Winderung der deutschen Währung durch die neue Rolle mit Prohibitivwirkung. Dem entgegenzuwirken sei zu erwägen eine Senkung der Zölle, die Wirtschaft mit Einschluß des Problems der Rüstung. Die Wirtschaft müsse allen Entlastungsmöglichkeiten elastischer als bisher folgen können, wobei zu bemerken sei, daß Deutschland eher als andere Industrieländer an der unteren Grenze der Schrumpfung der Löhne und Gehälter angelangt sei. Diese Darstellungen wurden nach der finanziellen, wirtschaftlichen und sozialen Seite hin ergänzt durch die in Betracht kommenden Ressortminister bzw. den Reichsbankpräsidenten.

Schon in den ersten beiden Plenarsitzungen wie auch in den folgenden Sitzungen der dann gebildeten Ausschüsse (1. Selbstkosten, also Lohn und Preis, 2. Kredit und Zins), die später auch Sachverständige aus den Kreisen der beteiligten Interessengruppen zuzogen, ergab sich folgendes Bild:

Die Landwirtschaft hat über unerträgliche Anstöße (12 bis 16 v. H. Hypothekenzins), überhöhte Preise für künstliche Düngemittel und zu hohe Landarbeiterlöhne mit Einschluß des Deputats, vor allem aber verlangt sie einen Ausgleich zwischen dem Zins für landwirtschaftliche Produkte, der stellenweise bis auf 60 Punkte gestiegen sei und den anderen Zinzen, besonders dem für Industrieprodukte für die Landwirtschaft, die z. B. heute noch auf 180 Punkten ständen.

Die Vertreter des Mittelstandes (Handwerk und Kleinhandel) sehen in der schon jetzt eingetretenen Winderung der Kaufkraft der breiten Massen eine Bedrohung der eigenen Existenz und wenden sich gegen weitere Lohnsenkungen. Eine Erleichterung ihrer Lage erblicken sie in der Ermäßigung der Steuern, der Mieten, Aufhebung der Wohnungszwangswirtschaft, Verbot des Zugabewesens, Besteuerung großkapitalistischer Betriebe durch gestaffelte Zinslasten u. a. Das Handwerk insbesondere erblickt in der Übersteigerung der Zentralisierung in Arbeit, Industrie, Kapital, in den Eingriffen des Staates und der damit verbundenen Behinderung individueller Initiative die Wurzel allen Übels.

Die Industrie verwies immer wieder auf die absolute Notwendigkeit, den deutschen Export konkurrenzfähig zu erhalten. Letzterer sei der einzige Faktor zur Beschaffung der unentbehrlichen Devisen für die Anleiheleistung an fremdes Kapital und für den Ankauf der nötigen Rohstoffe. Schließlich sei er auch ein starker Befürworter des Binnenmarktes. Vom Stande der Wirtschaft, ihrer Produktions- und Konkurrenzfähigkeit sei schließlich auch die ganze Sozialpolitik abhängig. Jede Rentabilitätsberechnung habe zur Voraussetzung die genaue Prüfung aller Bestehungs-faktoren. Lohn und Gehalt seien aber hierbei die ausschlaggebenden Größen. Die Lebenshaltung der breiten Massen werde doch durch die Preise für Lebensmittel, Miete, Kleidung, Verkehrsmittel u. a. mindestens in demselben Maße beeinflusst wie durch die Lohnhöhe. Eine Vorklärung der Preise sei bereits erfolgt, die amtlichen Indizes beweisen: seit längerer Zeit ein merkbares Absinken der Preise. Die Löhne und Gehälter müßten folgen. In den meisten Konkurrenzländern seien aber die Verdienste der Arbeitnehmer niedriger als bei uns. Eine weitere Verschiebung zugunsten des Auslandes sei ferner zu gewärtigen aus dem Währungsverfall in 25 Staaten der Erde. Gewiß müsse sich die Lohnleistung entsprechend auch auf die höchsten Bezüge der leitenden Beamten bzw. Angestellten, aber in dieser Beziehung sei Durchgreifendes bereits erfolgt. Es sei volkswirtschaftlich wichtiger, zu gesenkten Löhnen viele zu beschäftigen, als vielleicht 20 bis 30 v. H. zu Tariflöhnen, während der Rest nur kurz arbeite oder arbeitslos sei. Die jetzigen Tarife seien zu starr, sie paßten sich den wirtschaftlichen Notwendigkeiten einzelner Betriebe oder ganzer Gebiete zu wenig an. Daß dem staatlichen Schlichtungswesen seien seit 1927 die Löhne und Gehälter zu schnell und zu stark gewachsen. In Ver-

bindung mit der Verbindlich- und Allgemeinverbindlich-erklärung sei dem staatlichen Schlichter eine Macht zugesprochen, die ihn zum einflussreichsten Manne im Staate mache. Man habe in den verflochtenen Jahren häufig den Eindruck gehabt, als seien Schiedspruch und Verbindlich-erklärung weniger von wirtschaftlichen als von politischen Beweggründen inspiriert gewesen, sei also berechtigt, von „politischem“ Lohn zu sprechen. Neben der Notwendigkeit, die Tarife so zu gestalten, daß sie regional, branchenmäßig oder betrieblich „elastischer“ den Erfordernissen der Wirtschaft folgen könnten, sei die Abkehr vom staatlichen Schlichtungs-weg unabwendbar.

Demgegenüber betonten die Vertreter der Arbeiter und Angestellten — und zwar in der Tendenz unbeschadet der sonstigen Verschiedenheit der Richtungen einheitlich — daß gewiß der ausgehandelte oder ausgefälschte Tarifvertrag vorzuziehen sei. Nur sei seit Jahren eine ungeheure Arbeitslosigkeit vorhanden, die ein bedeutendes Plus auf Arbeitgeberseite bei Lohnverhandlungen oder Arbeitskämpfen darstelle. Diese Tatsache in Verbindung mit den Erfahrungen früherer Jahre lasse bei den Gewerkschaften keinen Glauben an eine wirkliche Tarifwilligkeit in weiten Preisen der Industriellen aufkommen. Wo sei eine solche in der Vorkriegszeit z. B. im Bergbau, in der Schwerindustrie und z. T. in der weiterverarbeitenden Industrie vorhanden gewesen? Der Staat erfülle nur eine sozial gerechtfertigte Funktion, wenn er, namentlich in Notzeiten wie jetzt, verhindere, daß die Lebensbedingungen so vieler seiner Bürger, wie die Lohn- und Gehaltsempfänger es seien, auf ein tiefes Niveau sinken. Die Lohnsteigerungen der Jahre 1928 bis 1930 seien nicht nur der Prosperität der Wirtschaft, sondern auch der Produktionssteigerung in Abständen gefolgt; die Arbeitsleistungen des einzelnen seien um 20 v. H. gestiegen. Ganz abgesehen davon, vertreten die Gewerkschaften den Anspruch auf steigenden Anteil am Produktions-erlös. Die Lohnhöhe sei nicht ausschlaggebend, sondern der Reallohn, die dem Lohn-innennennende Kaufkraft. Gewiß sei eine Senkung der Preise seit dem Vorjahre eingetreten, aber die Senkung der Löhne in Gestalt des Abbaus der über-tariflichen Löhne, die Schwächung des Akkordverdienstes, die mehrmaligen Lohnabbauwellen hätten vielfach die Preis-senkung mehr als wettgemacht. Das gelte schon für die noch Unbeschäftigten, um wieviel schlimmer gefalle die Lage der Kurzarbeiter. Dieser Verdienstschwund erkläre die trostlose Situation auf dem Binnenmarkt. Bei aller An-

erkennung der Bedeutung des Exports müsse immer wieder auf die Tatsache hingewiesen werden, daß rund 85 v. H. der Produktion vom einheimischen Markt aufgenommen werden. Reiche der Verdienst nur noch aus für die Beschaffung des zum Leben Allernotwendigsten, dann erkläre sich die schwierige Lage für den Mittelstand und die Landwirtschaft im besonderen. Angestellte und Arbeiter mißgönnten der Landwirtschaft einen angemessenen Verdienst nicht, so ungeeignet hierfür sie auch die bestehenden Rölle ansehen, aber sie müßten verlangen, daß sie die landwirtschaftlichen Produkte auch kaufen könnten. Seit Jahren sei von ihnen gegen die unerträglichen Preisspannen Sturm gelaufen worden, ohne daß etwas Entscheidendes geschehen sei. Gewiß stünden Lohn und Preis im innigen Verhältnis, aber der Verlauf der Verhandlungen rechtfertige die Befürchtung, daß bezüglich der Preise ein weiteres Absinken mittels der wohl unzureichenden Maßnahmen zu „erhoffen“ sei, während die Gewerkschaft weiteren Lohn- und Gehaltsabbau festsetze. Da die Schaffung von Tarifen überall ausschließliches Recht der Tarifpartner, hier also der einzelnen Verbände sei, entziele also für die Vertreter im Wirtschaftsbeirat auch jegliche Befugnis, hier etwa bindende Abmachungen zu treffen. Gegen ausländische Schutzzölle mit prohibitiver Tendenz sei jegliche Lohnsenkung unwirksam, selbst wenn der Lebensstandard des deutschen Arbeiters auf das niedrigste Niveau gesenkt würde. Entscheidend für die schwierige Geld- und Kreditlage Deutschlands sei die dauernde Beunruhigung der öffentlichen Meinung durch das Auftreten politisch radikaler Kreise, seien auch die Linsummen eigenen und fremden Kapitals, die in Beschlüssen und Forderungen festliegen, nicht rentieren, aber hoch verzinst und getilgt werden müssen. Zusammenfassend sei erst der Widerstand gegen jede Winderung der Kaufkraft der breiten Massen aus wirtschaftlichen und sozialen Gründen nach wie vor verpflichtendes Gebot, für dessen Verletzung der Reichsregierung die volle Verantwortung überlassen bleiben müsse. Zur Entlastung des Arbeitsmarktes fordere die Arbeitnehmerchaft die Einführung der Vierzigstundentwoche mit Einkellungszwang.

An dieser Grundausfassung hat sich bis zum letzten Verhandlungstage nichts geändert. Sie gab Veranlassung, in der Sitzung des Wirtschaftsbeirats am 22. November gegenüber dem vom Reichskanzler gezogenen Reimund noch einmal mit aller Deutlichkeit die einheitliche gewerkschaftliche Auffassung darzulegen.

## Gegen die Einseitigkeit der Regierung

Der Bundesausschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes nahm am 25. November Stellung zur politischen und wirtschaftlichen Gesamtlage und faßte seine Meinung über das Regierungsprogramm in folgender Entschließung zusammen:

Die von der Regierung gezogenen Schlussfolgerungen aus den Beratungen des Wirtschaftsbeirats geben einseitig die von den Unternehmern vertretenen Ansichten wieder. Sie entsprechen nicht dem Notstand des Arbeitsmarktes und der Wirtschaft. Sie enthalten weder einen Plan zur Arbeitsbeschaffung noch die Ankündigung der gesetzlichen 40-Stunden-Woche mit dem Zwang zur Einstellung von Erwerbslosen.

Die Regierung gibt sich noch immer der Täuschung hin, durch Lohn- und Preis-senkung eine Entspannung auf dem Binnenmarkt zu erzielen und die Konkurrenzfähigkeit Deutschlands auf den Auslandsmärkten zu steigern.

Die Gewerkschaften haben von jeher den künstlichen Preis-auftrieb durch Höchstpreis-zölle, Kartellbindungen und ähnliche Mittel bekämpft. Der Abbau solcher künstlich überhöhten Preise kann und muß ohne Lohn-senkung erzwungen werden. Die Gewerkschaften bekämpfen aber gleichzeitig den Gedanken einer allgemeinen künstlichen Preis-senkung durch währungs-politische Mittel oder zwangsweisen Lohnabbau. Der radikalste Lohnabbau seit mehr als Jahres-freist hat die deutsche Wirtschaft immer tiefer

in das Krisenland geführt, ebenso das dauernde Gerede von der weiter notwendigen Preis-senkung. Es ist höchste Zeit, auf diesem Wege umzukehren.

Es hat sich als völlig vergeblich erwiesen, die Konkurrenzfähigkeit gegenüber dem Auslande durch weitere Lohn-senkungen steigern zu wollen. Jede Lohn-senkung wird — wie die Erfahrungen zeigen — vom Auslande sofort als Lohn-dumping mit weiteren Abwehrmaßnahmen beantwortet. Sie zerstört gleichzeitig die Kaufkraft des für die deutsche Wirtschaft ausschlaggebenden Binnenmarktes und muß außerdem zur Folge haben, daß das Defizit im Staatshaushalt verewigt wird.

Das Einkommen der Arbeiterschaft ist auf der ganzen Linie in einem Maße gesunken, daß nicht nur die Existenz der Arbeiter, sondern auch die Qualität der Arbeit ernsthaft bedroht sind. Damit steht zugleich die Zukunft der deutschen Wirtschaft in Gefahr, weil bei Hungerlöhnen keine Qualitätsarbeit mehr möglich ist.

Der Bundesausschuß erhebt deswegen entschiedensten Protest gegen die offenkundige Absicht der Reichsregierung, die Kaufkraft der breiten Massen noch weiter zu schwächen. Er protestiert mit derselben Entschiedenheit gegen alle Absichten, an den rechtlichen Grundlagen des kollektiven Arbeitsrechtes zu rütteln oder im Wege der Korrespondenz in die Tarifverträge einzugreifen.

## Politischer Lohnabbau in Sicht?

In der Woche vom 15. bis 22. November tagten in der Reichskanzlei in Berlin zwei Ausschüsse des Wirtschaftsbeirats, über dessen Verhandlungen wir in Zeit-artikeln berichteten. Während der eine Ausschuß sich mit Finanz-, Zins- und Preisfragen zu befassen hatte, lag es dem anderen Ausschuß ob, die Bestehungs-kosten der deutschen Produktion zu prüfen.

Sowohl den Mitgliedern des Beirats als auch den hinzugezogenen Sachverständigen wurden von der Reichsregierung strenge Schweigepflichten über diese Verhandlungen auferlegt. Der bekannte frühere Chefredakteur der „Völkischen Zeitung“, Professor Georg Bernhard, glottiert diese Schweigepflicht in Nr. 271 des Berliner „Acht-Uhr-Abendblattes“ vom 30. November 1931 folgendermaßen:

„Die Mitglieder haben das ihnen auferlegte Sitzungs-geheimnis gut bewahrt. Vielleicht, weil sie sehr diskret waren; vielleicht, weil sie nicht viel zu wahren hatten. Denn sehr viel Neues scheint nicht produziert worden zu sein. Dagegen soll manches in längeren Reden wieder zur Oberfläche gedrängt haben, was man schon lange für immer in tiefer Vergessenheit verbannt glaubte.“

Trotz dieser Schweigepflicht brachte der größte Teil der Berliner Presse die Mitteilung, daß das Reichsarbeitsministerium beabsichtige, auf dem Wege der Verordnung die Löhne auf den Stand vom Jahre 1927 zurückzuführen.

Sind diese Pressemitteilungen richtig, dann würde das bedeuten, daß die Reichsregierung einen allgemeinen politischen Lohnabbau beabsichtigt, um die Forderungen der Unternehmer auf Lohnabbau aufzubrechen zu können.

Angenommen, diese Berliner Pressemitteilungen würden den Willen zum politischen Lohnabbau der Reichsregierung wiedergeben, so entstände sofort die Frage, welcher Lohn des Jahres 1927 soll Geltung erhalten? Würde durch die Reichsregierung als Stichtag z. B. der 1. Juli angenommen, dann dürften in den weitaus meisten Industriezweigen der deutschen Industrie die im Jahre 1927 vereinbarten Löhne die Grundlage der zu erwartenden Verordnung bilden.

Sollte dagegen als Stichtag der 1. Januar 1927 angenommen werden, so hieße dieses praktisch, daß für über 90 Proz. aller deutschen Tarifverträge die Wieder-inkraftsetzung der Löhne des Jahres 1926 eintreten würde, da es im Jahre 1926 allgemeine Lohn-senkungen fast überhaupt nicht gegeben hat, dagegen in manchen Industriezweigen sogar noch Lohnabbau stattfand.

Professor Georg Bernhard scheint, wenn auch nicht über die Verhandlungen dieses Wirtschaftsbeirats, dann aber mindestens über die Absichten einiger hervorragender Wirtschaftsführer recht gut unterrichtet zu sein. In dem bereits erwähnten Artikel schreibt Bernhard weiter:

Einer der prominenten Vertreter der Großindustrie hat...

Ganz gleich, ob die von der Berliner Presse aufgestellten...

Dazu noch einige Beispiele aus den Industriezweigen, für...

Table with 2 columns: Industrie, Durchschnittl. Lohnanteil in Proz.

Die Zusammenstellung zeigt, daß die Lohnanteile in den...

Lohnabbau eine merkliche Verbilligung der Preise herbei...

Die Reichsregierung würde wirklich gut tun, wenn sie sich...

Mit Recht fragt Georg Bernbard in seinem Artikel, wo...

„Weshalb schiebt man dann das Gabeln hinaus, wo...

Man könnte diese Fragen noch dahin ergänzen, daß...

An diese Art von Wirtschaftsführern und deren volkswirt...

Wirtschaftsbeirat - Stellungnahme des Bundesausschusses...

2. Bundesausschusssitzung des ADGB.

Am 25. November trat der Bundesausschuß des ADGB, im...

Leipart gab bei Eröffnung der Beratungen sofort...

Grazmann betonte einleitend, daß der Wirtschaftsbeirat...

Grazmann gab dann in großen Zügen einen Bericht über...

Wir bringen den Bericht an der ersten Stelle unseres...

Eggert ergänzte den Bericht Grazmanns. Die Frage...

Die Regierung schätzt den Anteil der Löhne und Gehälter...

Leipart eröffnete die Aussprache und wies darauf...

Ein Mitglied des Vorstandes der Reichstagsfraktion gab...

Gelegenheiten abgegeben haben. Die Gewerkschaften...

In diesem Zusammenhang wurde von verschiedenen Verbands...

Die von der Regierung gezogenen Schlussfolgerungen...

Die Handhabung der Verbindlichkeitsklärung, die heute...

Im ersten Artikel haben wir die Notverhältnisse in der...

Ein Teil der Heimarbeiterfamilien kann sich pro Woche...

Und aus dem Blumenbezirk der Sächsischen Schweiz wird...

Von einem geordneten Leben als Kulturmenschen ist...

Die Aussprache ergab, daß die Vertreter der Verbände der...

Anschließend nahm der Bundesausschuß zu der geplanten...

Nachdem die Entschließungen angenommen waren, entwidete...

Aussprache über die politischen Konsequenzen, die sich...

Lage der Sozialversicherung in der Krise erstattete Kollege Beller. Was hier vorgehe, sei nur eine...

Sie lautet:

Der Bundesausschuß weist erneut auf die schwierige Lage...

Eine Reform der Sozialversicherung im Sinne einer organ...

Berlin, den 25. November 1931.

Kollege Leipart teilte dann mit, daß der Verband der...

SOS der Heimarbeiter

baumschmudindustrie. Aus den Nachrichten von dort soll eine...

Ein Heimarbeiter aus Jagdsdorf hat unter Tränen ge...

Vorstehende drei Zitate zeigen die Lebenshaltung der Heim...

Das dritte Zitat, das Beispiel vor dem Spruchauschuß...



### Schiedspruch für die Glasinstrumentenindustrie Thüringens

Die Verhandlungen wegen Neuregelung der Löhne in der Glasinstrumentenindustrie fanden am 23. November 1931 vor dem Schlichter in Leipzig statt.

Von Unternehmerseite wurden die Pfundkrise sowie die beachtlichen Vollmaßnahmen der englischen Regierung dazu bemüht, um dem Schlichter plausibel machen zu können, daß eine ganz beträchtliche Lohnherabsetzung in der Thüringer Glasinstrumentenindustrie notwendig sei. Sie erklärten, daß sie auf den Export angewiesen sind, und nur die Möglichkeit des Exports gegeben sei, wenn ihrer Forderung, die sich in der Höhe von 12 bis 20 Proz. Lohnherabsetzung beweigte, voll und ganz Rechnung getragen würde.

Von Arbeitnehmerseite wurde darauf verwiesen, daß die englischen Vollmaßnahmen die Auswirkung darstellen, die erzeugt worden ist, indem man ein gewisses Dumping geschaffen hat.

Von Unternehmerseite wurde noch besonders auf die Konkurrenz der Heimarbeit gegenüber der Vertriebsarbeit verwiesen. Von Arbeitnehmerseite wurde der Nachweis erbracht, daß durch weitere Lohnherabsetzung der Konkurrenz der Heimarbeit nicht begegnet werden kann, sondern daß es notwendig ist, gemeinsam den Versuch zu unternehmen, einen Nachschuß für die Heimarbeit der Glasinstrumentenindustrie Thüringens zu errichten, um durch Festsetzung von Entgelten diese Konkurrenz einzudämmen. Trotz der Darlegungen von Arbeitnehmerseite, denen nicht widersprochen werden konnte, war ein weiterer Lohnabbau, der zweifelsohne die Kollegenschaft in der Glasinstrumentenindustrie hart betrifft, nicht zu vermeiden.

Alle Bemühungen von Arbeitnehmerseite, dies zu verhindern, führten nicht zum Ziel. Weiter konnte festgestellt werden, daß in den verschiedensten Betrieben die vorhandenen Abfordrungen ganz beträchtlich bereits abgebaut wurden.

Nach längerem und zweifelsohne schwierigen Auseinandersetzungen in der Schlichterkammer wurde nachstehender Schiedspruch gefällt.

Die Kollegen der Glasinstrumentenindustrie werden aufgefordert, falls der Schiedspruch Tarif werden sollte, alles daran zu setzen, um die Bestimmungen, die im Tarifvertrag verankert, in den Betrieben durchzuführen. Kein Kollege und keine Kollegin dürfen sich dazu hergeben, unter diesen im Tarifvertrag verankerten Lohnsätzen zu arbeiten.

#### Schiedspruch

In der Streitsache zwischen dem Verband Deutscher Glasinstrumentenfabriken e. V., Jlmennau, einerseits, und dem Keramischen Bund, Abt. des Fabrikarbeiterverbandes, andererseits, hat die vom Schlichter für den Schlichterbezirk Mitteldeutschland berufene Schlichtungskammer, der als Arbeitgeber beiseiter die Herren:

- 1. Fabrikbesitzer Rud. Gündel, Elberbach, 2. Syndikus Dr. Wette, Jlmennau (Thür.),

### Konzerne und Trusts

Die zweite Gruppe, der St. Koch-Konzern, besitzt quotenmäßig 25 Proz. der deutschen Spiegelglasfabrikation. Der Konzern ist Großaktionär der Germania A.-G., Porz.-Arzbach, h. Rdn. Weiterhin gehört ihm die Aktienmajorität der Spiegelglasfabrik in Schalte, die von den Gerresheimer Glasfabriken erworben wurde. Von ausländischem Kapital ist ferner beeinflusst die Rheinische Spiegelglasfabrik Edamp (Quote 12,93 Proz., Aktienkapital 6 Millionen Reichsmark). Die Interessenten sind wiederum, soweit sich das aus der Zusammensetzung des Aufsichtsrats ersehen läßt, in der belgischen Schwerindustrie zu suchen, und die Übernahme des Unternehmens durch einen der beiden Großkonzerne scheint nur noch eine Frage der Zeit. In den Interessen der beiden Konzerne ist übrigens auch die Spiegelglashütte in Reicholz zu rechnen, deren Kapital in Höhe von 4 Millionen Reichsmark das internationale Spiegelglasindustrie in Besitz hat. Die beiden einzigen Unternehmungen der Spiegelglasindustrie, an denen eine ausländische Beteiligung nicht existiert oder wenigstens nicht nachweisbar ist, sind die bayerischen Spiegelglasfabriken Neumann-Kupfer A.-G. und S. Wendt & Söhne, Kitzb. Auf die internationalen Beziehungen der 3 großen Konzerne, nämlich des St. Gobain, des St. Koch und der Pittsburg-Plate-Glass-Company, kann natürlich hier nicht eingegangen werden. Sie sind derartig mannigfaltig, daß an eine Behandlung hier gar nicht gedacht werden könnte. Aber auch die deutschen Verflechtungen sind bei weitem nicht vollständig erfasst. Es ist besonders heute ganz unvermeidlich, daß kleinere private Betriebe (also nicht Aktiengesellschaften und Gesellschaften mit beschränkter Haftung) versuchen, über eine wirtschaftliche Schwierigkeit hinwegzukommen, indem sie sich an die kapitalstarken Konzerne anlehnen, und natürlich ist jeder Kredit in einem solchen Fall gleichbedeutend mit der Aufgabe der Selbstständigkeit.

#### Die Flaschenglasindustrie

In der Flaschenglasindustrie finden wir ebenfalls zwei Konzerne. In diesen ist die Industrie im weitesten in der Hand inländischen Kapitals. Der eine der beiden Konzerne, die Aktiengesellschaft für Glasindustrie, vorm. Friedrich Siemens, Dresden, gehört bekanntlich zu dem Ostwerke-Konzern und darüber hinaus zu Schultheiß-Pabenhofer. Er ist seit dem 1. Januar 1930 infiziert mit der Straßener Glasfabrik und verfügt über ein Aktienkapital von 12,75 Millionen Reichsmark. In den Dresdener Unternehmungen von Siemens gehören eine Reihe von Betrieben, die mit der Glasindustrie wenig oder nichts zu tun haben. Außerhalb von Dresden gehören zum Siemens-Konzern die Firma Scharf, Gleiwitz, die Hütten Copitz und Leopold sowie die Dohlglaswerke in Pirna, außerdem die Hannoverische Glasfabrik und vor allem sehr wesentliche Auslandsbeteiligungen, insbesondere ein vollständiger Besitz der Grazer Glasfabrik in Graz, und zwei weitere Hütten bei Schneidemühl und in der Tschekoslowakei. Der Umsatz von Siemens und Straßener belief sich 1928 auf rund 30 Millionen Reichsmark.

Zwischen Siemens und dem zweiten Konzern der Flaschenglasindustrie, der A.-G. Gerresheimer Glasfabriken vorm. Ferd. Geyer in Düsseldorf besteht ein inniges Zusammenarbeiten in bezug auf den Absatz und auch auf die verteilten Dividenden, deren ein enger Verflechtung noch nicht zustande gekommen. Die Gerresheimer Glas steht in engen Beziehungen zu der rheinisch-westfälischen Schwerindustrie (Boensgen ist im Aufsichtsrat), der größte Teil des Aktienkapitals befindet sich im Besitz der Familie Geyer. Zwischen Gerresheim und der holländischen Flaschenglasindustrie bestehen enge Beziehungen, in denen ist das nicht der Fall gegenüber der Glasfabrik S. Geyer, Hamburg, deren drei größten deutschen Flaschenproduzenten. Außerdem gehören eine ganze Reihe von Unternehmungen zum Gerresheimer Glasfabriken-Konzern, insbesondere die Oldenburgische Glasfabrik A.-G. mit

und als Arbeitnehmerbeiseiter die Herren:

- 1. Georg Grinig, Jlmennau, 2. Max Erler, Charlottenburg,

angehören, in ihrer Sitzung in Leipzig am 23. November 1931 folgenden Schiedspruch gefällt:

Die zum 30. November 1931 gefündigte Lohnliste, wie sie unter dem 21. Februar 1931 zwischen dem Verband Deutscher Glasinstrumentenfabriken e. V., Jlmennau (Thür.),

und

dem Keramischen Bund, Abt. des Fabrikarbeiterverbandes, Gau Thüringen, Sib Jlmennau, abgeschlossen worden ist, wird über den 30. November 1931 hinaus mit folgenden Abänderungen verlängert:

- 1. Die Lohnsätze der Facharbeiter, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen werden um 4 v. H. erhöht. 2. Die Akkordbasis ist gleich dem Zeitlohn. 3. Bei der Ausrechnung sich ergebende Bruchteile von Pfennigen sind von 0,01 bis 0,25 nach unten, von 0,26 bis 0,75 auf halbe Pfennige und von 0,76 aufwärts auf volle Pfennige nach oben aufzurunden. 4. Dieses Lohnabkommen läuft bis auf weiteres und kann mit einmonatiger Frist, erstmalig zum 31. Januar 1932, gefündigt werden.

gez.: Dr. Hauschild.

Erklärungsfrist: 3. Dezember 1931, 18 Uhr, dem Schlichter gegenüber.

### Verordnung über die Errichtung eines Fachauschusses für die Glasindustrie

Vom 19. November 1931.

Auf Grund des § 19 Abs. 1 des Hausarbeitsgesetzes vom 27. Juni 1928 (Reichsgesetzbl. I S. 472 und 730) wird mit Zustimmung des Reichsrats ein Fachauschuss für Hausarbeit in der Glasindustrie in Thüringen und im preussischen Kreise Schleusingen errichtet.

Der Fachauschuss ist für folgende Gewerbegebiete zuständig:

Herstellung von Thermometern und Aräometern, einschließlich der Fieberthermometer, von chemischen und physikalischen Glasgeräten, von Glühlampen und medizinischen Glasartikeln, einschl. der Gangglaspriken. Die Zusammensetzung des Fachauschusses lautet: Der Fachauschuss für die Hausarbeit in der Glasindustrie. Der Bezirk des Fachauschusses umfasst den Freistaat Thüringen und den preussischen Kreis Schleusingen. Der Sitz des Fachauschusses ist Jlmennau in Thüringen. Die Errichtung erfolgt mit Wirkung vom 1. Dezember 1931 ab.

Berlin, den 19. November 1931.

Der Reichsarbeitsminister. In Vertretung: Dr. Geib.

(Schluß.)

ihren Nebenbetrieben. Das Kontingent von Gerresheim in der deutschen Flaschenvertriebsgesellschaft beträgt insgesamt 169 Millionen Stück, das von Siemens 164 Millionen Stück und das der Oldenburgischen Glasfabrik 53 Millionen Stück.

#### Die Hohlglasindustrie

Die Hohlglasindustrie, der Zahl der beschäftigten Arbeiter nach die bei weitem größte Gruppe, ist nicht in dem Maße verteuert wie die übrige Industrie. Immerhin gehören etwa 30 Proz. der gesamten Arbeiterschaft den Nebenbetrieben an, die, jeder für sich, mehr als 1000 Arbeiter beschäftigen. In der Hohlglasindustrie entfallen die Gründe, die bei den anderen Zweigen der Glasindustrie die Konzentrationsbewegung beeinflussten, nämlich die mit einer neuen Arbeitsmethode ver-



### Der Winterling-Konzern

Durch verkehrte handelspolitische Maßnahmen und ungenügenden Absatz am Binnenmarkt hatte die deutsche Porzellanindustrie in den Nachkriegsjahren zeitweise recht empfindlich zu leiden. Mit der zunehmenden Ausdehnung der Weltwirtschaftskrise nahm dieser Zustand katastrophale Formen an, und nur wenige Unternehmen konnten sich etwas abseits vom Abgrund halten.

Zu diesen zählt auch der Familien-Konzern der Winterlings, welcher sogar, wie es den Anschein hat, nur in seiner stetigen Ausdehnung etwas gestört zu sein scheint.

Man wird deshalb nicht fehlgehen, wenn man die Meinung vertritt, daß der Winterling-Konzern in der Zukunft der deutschen Porzellanindustrie Ausflucht hat, die auch manchem anderen Werk zu gönnen wären.

Nun sollen hier nicht die Zusammenhänge alles dessen untersucht werden, vielmehr sollen folgende Zeilen den Zweck haben, den Kollegen und Kolleginnen ein Bild zu vermitteln von einem sozialen Gegenspieler, der in dieser Eigenhaft bei der Regelung unserer tariflichen Angelegenheiten in Zukunft unsere ganze Aufmerksamkeit erfordern dürfte. Auch in der Porzellanindustrie hat die Produktion von Stapelware immer größere Bedeutung erlangt, und Winterlings sind als deren maßgebendste Vertreter anzusehen. Die Winterlings entstammen einer alteingesessenen Rehauer Bürgerfamilie. Die ursprüngliche Beschäftigung der Ahnen dieser erfolgreichen Porzellanfabrikantenfamilie war Viehhandel und manch lustige Episode ist in der dortigen Gegend aus ihrer früheren Tätigkeit noch in Erinnerung.

Obwohl schon früher finanzielle Beteiligung bei der Firma Zeh, Scherzer & Co. (damals noch offene Handelsgesellschaft) in Rehau durch die Familie Winterling angenommen werden darf, so ist doch Marktleuthen als der Ausgangspunkt des Konzerns zu betrachten.

Im Jahre 1903 — also mitten in der Zeit der Gründungen von Kapitalgesellschaften in der deutschen Porzellanindustrie 1884—1912 — ging die Marktleuthener Porzellanfabrik durch Kauf in den Besitz der Familie Winterling über. Heinrich Winterling, der eigentliche Schöpfer des Konzerns, brachte das Unternehmen verhältnismäßig rasch zu Blüte und Namen. Schon in den Jahren 1909—11 wurde in Nöslau ein zweiter Betrieb gebaut, und bei der Umwandlung der Firma Zeh, Scherzer & Co. Rehau (1910) in eine Aktien-Gesellschaft erfolgte offizielle Beteiligung durch die

hundenen Bedürfnisse nach großen Kapitalien, die nur die Konzerne zur Verfügung stellen konnten. Nichtsdestoweniger ist auch in der Hohlglasindustrie eine Tendenz zu immer größer steigenden Kombinationen vorhanden, die aber befruchtet wird von der Abnehmerindustrie. Das typische Beispiel dafür bilden die Vereinigten Lausitzer Glaswerke in Weiskwasser (Aktienkapital 9 Millionen Reichsmark), an denen die A.G. eine Mehrheit und Siemens & Halske eine Minderheit des Aktienkapitals besitzt. Die beiden letzteren Konzerne haben die Glühlampen-Kolben-Produktion von Weiskwasser auf die Osram-Maschinen-Glaswerke in Evandau übertragen, an der übrigens auch die General Electric Co. beteiligt ist. Die Vereinigten Lausitzer Glaswerke haben seit 1924 eine Interessengemeinschaft mit der A.G. = Glasindustrie Schreiber A.-G. abgeschlossen und sind auch an deren Aktienkapital maßgebend beteiligt.

Wenigstens bei Vereinigte Lausitzer liegen die Dinge bei dem Jenaer Glaswerk Schott & Gen., das von der Carl-Zeiß-Stiftung im Jahre 1884 gegründet wurde. Die Zeiß-Stiftung hat im Jahre 1930 vom St. Gobain-Konzern die Aktienmajorität der Deutschen Spiegelglaswerke A.-G. in Jena übernommen. Dafür hat Jena seinen Besitz an Tafelglasaktien abgegeben. Übrigens ist Jenaer Glas an den Vereinigten Zwieseler & Pirnaer Farbglaswerken A.-G. in München beteiligt. Bei den anderen großen Unternehmungen der Hohlglasindustrie, wie z. B. Salviati, Wiegand & Bülle in Altenfeld (Thür.) oder der Josefinen-Hütte der Sächsischen Glasfabrik Adelsberg und der Glasfabrik A.-G. Brodowitz, lassen sich die Beteiligungen nicht ohne weiteres feststellen, man kann aber mit großer Sicherheit annehmen, daß in den meisten Fällen sich die Beziehungen zu den Großverarbeitern in einer kapitalmäßigen Verflechtung ausgewirkt haben, in deren Folge die Unabhängigkeit der Unternehmung natürlich mehr oder weniger aufgegeben wird.

A. W.

### Keine Sonntagsarbeit in den Flaschenhütten

Trotz der katastrophalen Arbeitsmarktlage hatte die Vereinigung der deutschen Flaschenfabriken an den Reichsarbeitsminister den Antrag auf Zulassung für durchgehende Sonntagsarbeit an automatischen Maschinen gestellt.

Auf Grund der arbeitsmarktpolitischen Lage wurde dieser Antrag auf das heftigste von uns bekämpft. Endlich, nach Verlauf mehrerer Monate, erhalten wir vom R.M. folgenden Bescheid:

„Den Antrag der Vereinigung Deutscher Flaschenfabriken, Homburg, auf Zulassung des ununterbrochenen Betriebs an den selbsttätigen Maschinen in den Flaschenhütten habe ich abgelehnt.“

gez.: Dr. Stegerwald.

Sollten trotz dieses Bescheids einzelne Firmen unter Hinweis auf die Bundesratsbestimmungen vom Jahre 1895 resp. 1900 oder § 105 e, Ziffer 4 der Gewerbeordnung den Schichtbeginn auf Sonntagabends vorverlegen, dann bitten wir um sofortige Mitteilung, damit wir im strafrechtlichen Verfahren dagegen ankämpfen können.

Die Zentralbranchenleitung.

### Achtung — Kalkglasmacher!

Die Firma Weill & Sohn in Düren (Rhld.) verlangt zum drittenmal im Laufe des Jahres einen neuen Lohnabbau von 15 Proz. Auf Antrag der Firma hat der Schlichtungsausschuss einen Schiedspruch gefällt, der leider eine weitere Lohnminderung vorzieht. Da er für die Kollegen nicht tragbar ist, wurde er abgelehnt.

Wir eruchen die Kollegen allerorts, Arbeitsangebote nach Düren zu unterlassen. Kollegen allerorts, übt Solidarität! Branchengauleitung Düsseldorf.

### Cöpenitz

In der Glasfabrik Marienhütte stehen die Gehilfen mit der Firmenleitung in Konflikt, dessen Auswirkung noch nicht abzusehen ist. Solange der Konflikt besteht, bitten wir, jeden Zugang nach Cöpenitz fernzuhalten!

### Schiedspruch in der Flaschenindustrie

In dem Artikel „Schiedspruch in der Flaschenindustrie“ in der Nummer 48 darf es im zweiten Absatz nicht heißen „der Fehlleistungen“, sondern der Fehlleistungen. Aufmerksame Leser werden das schon selbst bemerkt haben.

Gruppe Winterling. Joh. Karl und Eduard Winterling erscheinen dort als Mitglieder des Aufsichtsrates. Während des Krieges folgt eine Erweiterung der Interessen. Die Porzellanfabrik Oskar Schäfer & Co. in Schwarzenbach an der Saale geriet unter den Einfluss der Winterlings und ist heute wohl als der modernste Betrieb des Konzerns anzusehen. Am raschesten konnte sich der Konzern in der Nachkriegszeit ausdehnen, besonders aber während und nach der Inflation. Das große Gut Regenstrauß in der Oberpfalz mit Sägewerk, Bau- und Möbelschreinerei wurde erworben.

In Pirchen-La-Ni entstand aus den Resten einer kleinen Stricker eine neue moderne Porzellanfabrik, und der Betrieb in Schwarzenbach wurde durch den Bau eines Tunnelofens bedeutend erweitert. Nun folgt eine engere Verflechtung mit der Firma Heinrich & Co., Selb in Bayern, im amerikanischen Geschäft. Im Jahre 1927 wird durch den Erwerb der Porzellanfabrik Windisch-Eichenbach (Oberpfalz) ein Vordringen in die Qualitätsindustrie durchgeführt, was sich für die Konkurrenz bereits sehr unangenehm fühlbar macht. Vor kurzer Zeit ging auch die Porzellanfabrik „Konkordia“ in Plessau (Tschekoslowakei) in den Besitz der Gruppe Winterling über.

Wenn im Volksmund einmal die Winterlings als die Stinnes von Oberfranken bezeichnet wurden, so dürfte das wohl darauf zurückzuführen sein, daß die Interessen des Konzerns nicht nur auf die Porzellanindustrie beschränkt blieben, sondern auch darauf, daß sie bereits in die Terrillindustrie eingedrungen sind, was aber u. E. bis jetzt noch nicht von Bedeutung ist. Wir konnten daher unsere Betrachtung auf die Branche Porzellan beschränken.

Begonnen hat das Unternehmen die Produktion mit circa 140 Beschäftigten und drei Runden. Heute ist seine Produktionskapazität mit ungefähr 2400 Beschäftigten auf 30 Runden mit rd. 1950 Kubikmeter Brennraum und einem Tunnelofen angewachsen. Verwaltungs- und betriebstechnisch unterscheidet sich der Konzern von Unternehmungen gleicher Art und Größe wesentlich. So wohnt an den hauptsächlichsten Orten der Produktion je ein Mitglied der Familie. Dadurch wird die „optima forma“ in der Direktion erreicht und zugleich eine individuelle Behandlung der Belegschaft ermöglicht. Nur von diesem Standpunkt aus ist auch die besondere Auswahl der Angestellten zu verstehen. Technische und moralische Qualifikation sind nicht immer die notwendigen Eigenschaften

der Angestellten. Die Betriebe des Winterling-Konzerns weisen nicht etwa vorbildliche Einrichtungen auf, so fehlt es an genügenden Bade-, Umkleide- und Schäumen.

Ungläubig Gebrauch machen die Betriebsleitungen von einem Vorzeile, den sie gegenüber den Belegschaften besitzen. Denn unerschöpflich und nicht immer einwandfrei ist das immer wiederkehrende Ausspielen der Belegschaften und der Personale gegeneinander. Das trägt nach unserm Dafürhalten bestimmt nicht dazu bei, das Verhältnis der Belegschaften zum Arbeitgeber zu heben, der doch in jeder Hinsicht fair handeln soll.

Durch solches Gebahren war es wohl möglich, Leistungen von ungeheurem Ausmaß zu erzwingen, doch damit allein ist der Bestand und Aufstieg eines Unternehmens nicht gewährleistet.

Die überaus fleißige und geschickte Arbeiterschaft der einzelnen Betriebe gereichte selbstverständlich auch dem ganzen Unternehmen zum Vorteil. Das dürfen die Brüder Winterling nie vergessen, wenn sie von ihrer hohen Besthaupt aus Rückschau auf ihre noch gut beschäftigten Werke halten. e r.

## Internationales Porzellanabkommen

Zwischen der deutschen, französischen und tschechoslowakischen Porzellanindustrie ist ein Abkommen über die Einfuhr nach Frankreich zustande gekommen, das nach der nicht mehr zweifelhaften Sanktionierung durch die Regierungen in Kraft treten wird. Dieses Abkommen verdient nicht so sehr wegen seiner speziellen Bedeutung für die Porzellanindustrie Beachtung, als wegen seiner grundsätzlichen Bedeutung und seiner Konstruktion, die als Muster für künftige deutsch-französische Verträge auf anderen Gebieten dienen kann, also im Hinblick auf die Arbeiten der deutsch-französischen Wirtschaftskommission von Interesse ist. Man hat es in gewisser Beziehung mit einer ähnlichen Konstruktion zu tun wie beim internationalen Eisenpakt; private Verträge der Industriellen werden unter Mitarbeit der Regierungen geschlossen und den staatlichen Handelsverträgen angefügt. Bemerkenswert ist, daß es sich hier um internationale Abkommen einer typischen Verfeinerungsindustrie handelt.

Die französische Porzellanindustrie fühlt sich seit längerer Zeit durch die Einfuhr von billigerem Porzellan aus Deutschland, Japan und der Tschechoslowakei bedroht; sie verlangte ein Einfuhrverbot oder eine Kontingentierung, wie sie für Holz, Hopfen und Wein inzwischen tatsächlich zustande gekommen ist. Mühsame Verhandlungen in Genf und Paris haben schließlich zu folgender Regelung geführt: Für die deutsche und tschechische Einfuhrware wurden Mindestpreise festgelegt, die etwa 5 bis 20 Proz. im Durchschnitt vielleicht 12 Proz. über den gegenwärtigen liegen. Diese preisgebundene Einfuhr erfolgt weiterhin zum Minimaltarif von 300 Fr. je 100 kg, während der sonstige Import (Japan und die übrigen Nichtbeteiligten) den Maximaltarif von 1200 Fr. oder doch einen wesentlich höheren Satz zu bezahlen hat. Die Franzosen hoffen, so den Preisunterdrückungen der Importeure zu begegnen, sind aber selbst keine Verpflichtung zur Preisbindung eingegangen; doch dürfte sich daraus infolge der besonderen Marktlage keine Schwierigkeit ergeben. In Deutschland und der Tschechoslowakei wird die Innehaltung der Mindestpreise durch nationale Komitees geprüft. Den japanischen Wettbewerbern auswirken würde, bleibt abzuwarten. Das Abkommen hat die Laufzeit der jeweiligen Handelsverträge.

Die Auswirkungen auf die deutsche Porzellanindustrie lassen sich nicht mit Sicherheit übersehen. Der mengenmäßig vielleicht zu erwartende Rückgang des Exportes nach Frankreich wird womöglich durch die besseren Preise ausgeglichen werden. An der gesamten deutschen Ausfuhr der betr. Warengruppen nach Frankreich sind die Porzellanfabrik Kahla und die Porzellanfabrik Winterling (Oberfranken) zu mehr als 1/2 beteiligt. Das Abkommen soll mit einer Verringerung des deutschen Porzellanexportes verbunden werden. Frankreich wird auf die Bindung des deutschen Zolltarifs mit 45 RM verzichten, so daß künftig der autonome Zolltarif von 90 RM Platz greift. Damit fällt die Bindung auch gegenüber den meistbegünstigten Ländern — eine Sicherung, die von der deutschen Porzellanindustrie für die Zukunft als erwünscht angesehen wird. Das Abkommen mit den Franzosen und Tschechoslowaken wird schließlich als eine Vorstufe für weitere internationale Verhandlungen betrachtet, sowie als Vorbild zu ähnlichen Abreden, etwa mit den Vereinigten Staaten, deren neuer Zolltarif die Porzellaneinfuhr aus Deutschland recht erschwert. Auf dem Wege glaubt man den für die Industrie wichtigen Export einträglicher aufrechtzuerhalten zu können.

## 50 prozentige Wertzölle in England

Wie hat die deutsche Unternehmerpresse und wie haben die den Rechtsvarien nahestehenden Zeitungen gejubelt, weil es den englischen Lords scheinbar gelungen war, bei den Wahlen der Arbeiterpartei eine schwere Niederlage zu bereiten. In ihrer Verzweiflung hat diese Presse ganz außer acht gelassen, was die logische Folgerung eines Wahlniezes der englischen Konservativen für die Exportindustrien sein muß. Nachdem die Folgen nun in einer jeden Maß übersteigenden Hochdruckpolitik zum Ausdruck kommen, ist die Ermächtigung da. Da England immer ein gutes Absatzgebiet für deutsche Halbfabrikate und Fertigerwaren gewesen ist, haben die entsprechenden Industrien Deutschlands durch die englische Zollpolitik sehr zu leiden. Als Abwehrmittel dagegen kennt das deutsche Unternehmertum wiederum nichts Besseres, als weiteren Druck auf die Höhe anzusetzen. Dabei wird die schon so oft gemachte Erfahrung, daß Druck Gegendruck erzeugt, vollständig unberücksichtigt gelassen.

So haben bei den Verhandlungen für die feineranische Industrie die englischen Vorgänge ihre Schatten vorausgeworfen. Die Unternehmer haben ihre Forderung auf einen weiteren Prozentsatz Abbau der außerordentlichen Zölle, Löhne und Erwerbsverdienste der Porzellanarbeiterschaft vor allem aus dem Hinblick des englischen Bundes und der durch die englischen Konservativen zu erwartenden Erhöhung der Zölle begründet. Sie haben richtig wieder einen 4prozentigen Abbau einzuwenden.

Was damit gemeint ist, ergibt sich aus den jetzt veröffentlichten 21. November gültigen englischen Zolltarifverordnungen. Die englische Regierung hat die Ermächtigung erteilt, Zölle auf 100 Proz. herabzusetzen. Davon hat sie zum Teil nur in Höhe von 50 Proz. Gebrauch gemacht. Von der Zollermäßigung werden betroffen:

1. Bestimmte Zölle für Sandbedarf, aus Australien, es bereits vollständig durchgehenden Zehlporzellan.
2. Bestimmte Waren aus Steingut.
3. Glaswaren, Gläser und Tafelgeschlo.

Was das zu bedeuten hat, kann man am besten erkennen aus der Feststellung, daß Steingutwaren bisher unerschöpflich nach England exportiert werden konnten. Die 50prozentige Verringerung des eingeführten Steingutes in England durch die Zollherabsetzung hervorruft selbstverständlich die Konkurrenzfähigkeit der eingeführten Ware mit der im Lande erzeugten außerordentlich. Die Folgen wird die deutsche Industrie zu tragen haben, wobei sie selbstverständlich nach den bisherigen Erfahrungen wieder eifrig bemüht sein wird, die Folgen auf die Arbeitnehmer abzuwälzen.

**Porzellangeschäft ist, weil es schon einen sehr hohen Zoll** zu tragen hat, dieses Mal verstimmt geblieben, womit natürlich nicht ausgeschlossen ist, daß bei nächster Gelegenheit die englischen Interessenten auch für diese Ware Zollherabsetzung durchzuführen versuchen werden. Dabei liegt auf Porzellan schon ein Zollfuß von 68,20 RM per Doppelzentner, während Porzellan in der Vorkriegszeit zollfrei in England eingeführt werden konnte.

An diesen Vorgängen kann man am besten den Wahnsinn der kapitalistischen Wirtschaftspolitik erkennen. Lohnbrud auf der einen Seite, Verteuerung der Bedarfsartikel auf der anderen Seite.

Die englische Zollherabsetzung auf keramische Waren wird ohne Zweifel bei künftigen Lohnverhandlungen eine nicht untergeordnete Rolle spielen. Da heißt es, heute schon die Konsequenzen ziehen und alle Kräfte aufeinanderlassen, damit es den Unternehmern nicht gelingt, der Arbeiterschaft die Last der kapitalistischen Miswirtschaft aufzubürden.

### Marktredwitz

In welcher schwindelhafter Weise die AGD in ihren Zeitungen die Arbeiterschaft belügt, beweist ein Artikel im „Echo“ unter 31. Oktober 1931. In diesem Blatt, das in Nürnberg von der AGD herausgegeben wird, berichtet man, daß den Porzellanarbeiterstreik in Marktredwitz die AGD zum Erfolg geführt haben soll.

Wir stellen demgegenüber ausdrücklich fest, daß die Einleitung der Streikmaßnahmen, die Durchführung des Streiks sowie dessen Abschluß ausschließlich nur in vollem Einvernehmen mit der örtlichen Vertretung des Verbandes der Fabrik-

arbeiter erfolgt ist und bemerken dazu, daß die AGD mit dem Streik der Bruderinnen bei der Firma Jaeger & Co., Porzellanfabrik in Marktredwitz, absolut nicht das geringste zu tun hatte, also überhaupt nicht beteiligt war.

Die Verleumdungen und Verächtlichungen des Arbeiterschreibers gegen die Angestellten des Fabrikarbeiterverbandes stellen das Gemeinste aller Gemeinheiten dar, die seither in Marktredwitz von der AGD auf diesem Gebiete vollbracht wurden. Selbst der jetzige Führer der AGD, in der Porzellanarbeiterschaft in Marktredwitz, der wegen des Artikels am 6. November 1931 im Verbandsbüro zur Rede gestellt wurde, erklärte, daß die Angaben im „Echo“ unterm 31. Oktober 1931 der Wahrheit nicht entsprechen. Auf unsere Beschwerde hin, gab er die Erklärung ab, er persönlich wisse aber nicht, wer der Schreiber dieses Artikels sei und habe auch mit dem Artikel nichts zu tun.

Wir halten uns verpflichtet, unseren Mitgliedern das zur Kenntnis zu bringen und die Lügen der AGD zu brandmarken.

### Geld

Die typische Porzellanerkrantheit (Staublung) hat wieder ein Opfer gefordert. Kollege Michael Föler, Isolatorendreher, wurde im Alter von 44 Jahren aus unserer Mitte gerissen. Mit Föler ist einer unserer tüchtigsten Funktionäre dahingegangen. Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren!

### Alexandrinenthal

Ueber das Vermögen der seit dem Jahre 1888 bestehenden Porzellanfabrik Th. Rednagel in Alexandrinenthal bei Deßau ist das Konkursverfahren eröffnet worden.



## Tragödie der Arbeitszeitverhandlungen für Steine und Erden

Der Ausdruck „Tragödie“ soll keine Ironisierung der Verhandlungen, auch für die Industriegruppe Steine und Erden die 40stündige Arbeitswoche einzuführen, sein, sondern diese Verhandlungen haben sich tatsächlich zu einer Tragödie für die von ihr betroffenen Arbeiter entwickelt.

Schon vor Jahresfrist wurde seitens der Gewerkschaften versucht, die Arbeitszeit in den einzelnen Industriezweigen dieser Gruppe zu verkürzen und durch entsprechende Neueinstellungen die ungenutzte Arbeitskraft zu mildern. Damals eingeleitete Verhandlungen führten nicht zum Ziel.

Die Unternehmer und ihre Helfershelfer, als da sind Werkvereiner und Nazis, posierten in alle Welt hinaus, nur der Lohnabbau kann uns retten, werden die Löhne abgebaut, dann können auch wieder alle Arbeiter beschäftigt werden. Dieser Parole huldigten auch weitgehend das Reichsarbeitsministerium und die von ihm „informativisch“ unterrichteten Schlichter und Schlichtungsstellen, mit deren Hilfe wurden die schon niedrigen Lohnsätze in den zurückliegenden 1 1/2 Jahren auf ein fast nicht mehr tragbares Maß abgebaut. Die tariflichen Leberbestände ebenso fast restlos beseitigt.

In Verdrückung dieser niedrigen Lohnsätze wurde dann auch im Laufe der Verhandlungen, die nach dem 14. Juli d. J. im ganzen Reich wegen Einführung der 40-Stunden-Woche stattfanden, vielfach selbst von Arbeitgeberseite erklärt, daß der Lohnstand eine Einkommensminderung durch Arbeitszeitverkürzung nicht mehr zulasse. Diese Ausführungen der Arbeitgeber waren nur nicht ehrlich gemeint, sie wurden lediglich gemacht, um die Arbeitszeitverkürzung zu verhindern, um dann den Lohn noch mehr abzubauen zu können. Diesem Arbeitgeber hgn. deren Organisationen haben sich dann auch nicht abhalten lassen, bei der ersten sich bietenden Gelegenheit ihre Lohnabbauforderungen zu stellen. Leider haben dann auch die staatlichen Schlichtungsstellen dem Begehren der Arbeitgeber Rechnung getragen, obwohl die Stellungnahme der Arbeitgeber bei den Arbeitszeitverhandlungen betr. der niedrigen Löhne seitens dieser nicht bestritten und von uns sogar schriftlich belegt werden konnten.

Als nun im Laufe dieses Jahres die Lohnabbauwünsche ad absurdum betr. Wiederherstellung von Arbeitslosen geführt wurde, ließ sich die Reichsregierung durch Notverordnung vom 5. Juni Vollmacht geben, evtl. durch Erlass einer Notverordnung zwecks Neueinstellung von Arbeitskräften die Arbeitslosigkeit zu beheben. Auf Grund dieser Notverordnung fanden dann am 14. Juli im Reichsarbeitsministerium Verhandlungen zwischen den Zentralen der in Frage kommenden Organisationen der Industriegruppe Steine und Erden statt. Diese führten zu keinem Ergebnis, weil die Arbeitgeber erklärten, nicht bevollmächtigt zu sein, zentral diese Verhandlungen zu führen. Auf Grund dieser Erklärung wurden dann bezirkliche Verhandlungen im ganzen Reich durchgeführt. Diese bezirklichen Verhandlungen wurden naturgemäß ergebnislos bleiben, weil ein Bezirk, Ort oder Betrieb aus Konkurrenzgründen — neben anderen bekannten Gründen wie technischer Nichtdurchführbarkeit, erhöhter Betriebskosten usw. — erklärte, eine Vereinbarung über die 40-Stunden-Woche nicht abzuschließen zu können, wenn nicht gleichzeitig für die ganze Industriegruppe die 40-Stunden-Woche eingeführt werde. Ja, man gab es und sogar schriftlich, daß sie örtlicher oder bezirklicher Arbeitgeberverband seien und die Einführung einer 40-Stunden-Woche nur zentral und von der zentralen Organisation vereinbart werden könne. — Im Gegensatz hierzu haben die zentralen Arbeitgeberorganisationen, ausschließlich des Bundes Deutscher Betonwerke, immer erklärt, nicht tariffähig zu sein und sich mit sozialpolitischen Fragen nicht zu beschäftigen. — Weiter konnte bei den bezirklichen Verhandlungen festgestellt werden, daß von zentraler Stelle Anweisungen gegeben wurden, Vereinbarungen über die 40-Stunden-Woche mit den Gewerkschaften nicht abzuschließen. Sogar die Reichsvereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände trat auf den Plan, um eine Vereinbarung über die 40-Stunden-Woche (Kalksandsteinindustrie) nicht wirksam werden zu lassen. In einigen Bezirken und Industriezweigen der Industriegruppe waren die Unternehmer bereit, die 40-Stunden-Woche einzuführen, aber die Gewerkschaften erklärten die Ablehnung.

Das ganze Vorgehen der Arbeitgeber in der Verhandlung am 14. Juli, indem sie zentrale Verhandlungen ablehnten, ist natürlich das Bestreben, die Verhandlungen in den Bezirken, die sich pro forma führen zu lassen, um Zeit zu gewinnen und in ihrer Lohnabbauarbeit nicht gehindert zu sein.

Da diese ganze Aktion mit den bezirklichen Verhandlungen ein Los und ohne Erfolg gewesen ist, die Arbeitslosennot aber immer größer und durch Kraftströmung infolge Lohnabbau immer katastrophaler wurde, lud das Reichsarbeitsministerium die Parteien zu einer nochmaligen Besprechung zum 19. November dieses Jahres ein. Zugleich wurde ein Entwurf über eine evtl. zu erlassende Verordnung der 40stündigen Arbeitswoche den Parteien mit übergeben. Sofort setzte wieder das Bestreben seitens der Arbeitgeber — der zentralen Organisation — ein, um die Besprechungen noch möglichst weit hinauszuschieben. Zum Teil hatten sie damit gegen unseren Widerspruch einen geringen Erfolg. Offenbar lag das Bestreben der Arbeitgeber vor, durch ein weiteres Hinauszuschieben erst noch in allen Bezirken einen kräftigen Lohnabbau durchzuführen. Die Besprechungen fanden dann am 22. November statt.

In dieser Verhandlung gab das Arbeitgeberkartell der Industrie Steine und Erden als zentrale für alle Industriezweige der Gruppe eine schriftlich formulierte Erklärung ab,

daß sie die Einführung der 40-Stunden-Woche und den vorliegenden Entwurf ablehnen. Die volle Verantwortung für eine evtl. Verordnung und deren Folgen habe das Reichsarbeitsministerium zu tragen. Sie kündigten weiter an, daß nach Erlass einer Verordnung über die 40-Stunden-Woche weitere Entlassungen vorgenommen würden.

Arbeitnehmerseite wurde auf den Widerspruch zwischen der Erklärung der Arbeitgeber am 14. Juli, nicht zentral verhandeln zu können, und jetzt gebührend hingewiesen. Weiterhin wurde die Brutalität den Arbeitslosen gegenüber, indem sie eine Verkürzung der Arbeitszeit, um Arbeitslose einzustellen, ablehnen und sie somit ihrem elenden Schicksal überlassen, genügend brandmarkt. Letztere Wahrheit konnte ein Unternehmerverband mit stahelmeßiger Brust nicht verkagen und verließ mit den Worten, es nicht nötig zu haben, sich solchen anzuhören, die Verhandlung.

Die Tragödie begann aber eigentlich erst jetzt. Im Laufe der weiteren Besprechungen wurde von hoher behördlicher Stelle erklärt, daß man die Ziegelindustrie aus der Verordnung deshalb herauslassen wollen, weil der jetzt erreichte Lohnstand eine Verkürzung der Arbeitszeit wegen der dadurch eintretenden Lohnminderung nicht mehr zulasse. Diese Äußerung wurde dann von dem Syndikus des Märkischen Ziegeleibehrerverbandes unterstrichen, indem er erklärte: „Nur für sie sei der Lohnstand mit ein Grund gewesen für die Ziegelindustrie, die 40-Stunden-Woche nicht einzuführen und dafür einzutreten, sie aus einer zu erlassenden Verordnung über die 40-Stunden-Woche auszulassen.“

Da haben wir die Versicherung! Jahrelang war die Parole der Arbeitgeber, und leider wurde auch von behördlichen Stellen dieser Parole weitgehend Rechnung getragen, nur durch Lohnsenkung ist es möglich, die Produktionskosten zu vermindern und so wieder Möglichkeiten zur Beschäftigung von allen Arbeitern zu schaffen. Nun erklären uns dieselben Stellen, der Lohn ist zu niedrig geworden, um die Arbeitszeit noch verkürzen zu können. Man hat den Arbeiter um einen großen Teil seines immer verdienten Lohnes gebracht, und nun, wo er arbeitslos ist, erklärt man ihm, daß die Arbeitszeit der noch arbeitenden nicht verkürzt werden kann, damit er auch wieder Beschäftigung findet, weil der Lohn zu niedrig geworden ist. Das ist schon mehr als eine Verhöhnung der Erwerbslosen sowie der gesamten Arbeiterschaft. Verhöhnung auch deswegen, weil dieselben Arbeitgeber neue Lohnabbauforderungen stellen und auch mit Hilfe der staatlichen Schlichtungsstellen weitgehend bekommen haben. Man weiß nicht, worüber man mehr staunen soll, über die Brutalität gegenüber den Arbeitslosen, die in den Worten zum Ausdruck kommt, daß man eine Verkürzung der Arbeitszeit wegen der damit verbundenen Lohnminderung bei den niedrigen Löhnen nicht mehr vornehmen kann, oder über den Mut der Arbeitgeber, diese Worte, die doch als Verhöhnung klingen müssen, noch zu gebrauchen.

Die Arbeiterschaft bekommt nun die Quittung für die Göttertat am 14. September 1930. Dagegen gibt es nur ein Mittel, das ist restloser Zusammenschluß und Ausbau der gewerkschaftlichen Organisation und Zurückweisung der Spaltungsbestrebungen durch die Unternehmerrechte, die Nazis, und das Auftreten der AGD.

## Krisenunterstützung für Ziegeleiarbeiter

Durch Entscheidung vom 11. November 1931 der Spruchkammer für Arbeitslosenversicherung beim Oberversicherungsamt München wird der Anspruch auf Krisenunterstützung auch den Ziegeleiarbeiterinnen zuerkannt. Im nachstehenden führen wir Tatbestand und Gründe an:

Der Krisenunterstützungsanspruch der Ziegeleihilfsarbeiterin M. S. vom 20. April 1931 wurde mit Entscheidung des Vorsitzenden des Arbeitsamtes Freising vom 24. April 1931 wegen Nichtzugehörigkeit zum Personenkreis der Krisenunterstützung abgelehnt.

Auf erhobenen Einspruch hin wurde durch Entscheidung des Spruchauschusses des Arbeitsamtes Freising vom 11. Juni 1931 die Krisenunterstützung nach Lohnklasse IV auf die Dauer von 3 Wochen zuerkannt.

Die gegen diese Entscheidung rechtzeitig erhobene Berufung des Vorsitzenden des Arbeitsamtes Freising führte zur Vorentscheidung des Vorsitzenden der Spruchkammer für Arbeitslosenunterstützung beim Oberversicherungsamt München vom 8. September 1931, wodurch die extinstanziale Entscheidung wiederhergestellt wurde.

Die Vorentscheidung des Vorsitzenden wurde vom Vertreter der Klägerin rechtzeitig angefochten. Er beantragte Aufhebung der in Rede stehenden Vorentscheidung, Gewährung der Krisenunterstützung und Ueberbürdung der außergerichtlichen Kosten auf die Reichsanstalt.

In der mündlichen Verhandlung vom 11. November 1931 waren beide Parteien vertreten, die Vertreter wurden zur Sache gehört.

Die Würdigung der formell nicht zu beanstandenden Berufung ergibt, daß sie sachlich nicht begründet ist.

Ausschlaggebend ist, ob M. S. zu dem in der Bekanntmachung des Präsidenten des Landesarbeitsamtes Bayern vom

4. November 1930 als Krisenunterstützungsberechtigter bezeichneten Personenkreis gehört.

Krisenunterstützungsberechtigter sind nach dieser Bekanntmachung gemäß C 2 b die Angehörigen der Berufsgruppe IV des Berufsvergleichnisses Industrie der Steine und Erden — im vorliegenden Fall die unter b aufgeführten Biege- und unter diesen wieder die Biegeleiarbeiter.

Unter diesen letzten Begriff reißt die Spruchkammer die M. G. ein.

Ihre Tätigkeit besteht darin, die gebrochenen, noch rohen Rehmsteine in die Trockenstadel zu verbringen und sie dort abzufegen. Sie verrichtet damit einen für die Herstellung der Wadsteine wesentlichen Arbeitsgang, und die Spruchkammer ist der Ansicht, daß es sich hierbei um eine beträchtliche Sachkenntnis und Übung erfordernde Tätigkeit innerhalb des zum großen Teil durch Maschinen betätigten Gesamtarbeitsvorganges handelt, die der sonstigen im Biegeleiarbeit vor-

kommenden Handarbeit durchaus gleichwertig ist. Beachtlich erschien auch die glaubhafte Angabe des klagenden Vertreters, daß M. G. schon seit sechs Jahren mit verhältnismäßig geringen Unterbrechungen in der Biegelei arbeitet.

Da die Spruchkammer die Klagerin als Biegeleiarbeiterin erachtet, war ein Eingehen auf die Frage, ob sie etwa unter C 2 h der angeführten Bekanntmachung fällt, nicht mehr erforderlich, es war vielmehr zu entscheiden wie gesehen.

Diese Entscheidung ist endgültig. Ges. F. u. R.

Für den Bezirk des Landesarbeitsamtes Nordmark hatte unsere Gewerkschaft Hamburg den Antrag gestellt, die Berufsgruppe IV, Industrie der Steine und Erden, dazu rechnen auch die Biegeleiarbeiter, auch in Orten unter 10 000 Einwohnern, zum Bezug der Krisenfürsorge zuzulassen.

Mit Wirkung vom 9. November d. J. habe ich die Berufsgruppe IV, Industrie Steine und Erden, zu der ja auch die Biegeleiarbeiter gerechnet werden, in sämtlichen Gemeinden im Bezirk des Landesarbeitsamtes Nordmark zur Krisenfürsorge zugelassen.

Damit haben alle Angehörigen der Berufsgruppe „Steine und Erden“ im Bezirk Nordmark in allen Gemeinden Anspruch auf Krisenunterstützung.

Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit im Fabrikarbeiterverband

Anfang November.

Die Zahl der Arbeitslosen im Monat Oktober stieg nach der amtlichen Statistik von 4 855 000 auf 4 822 000. Der Umfang der Steigerung war etwas höher als in den gleichen Monaten der früheren Jahre.

Die Arbeitslosigkeit stieg sowohl in den Konjunktur als auch in den Saisonindustrien, hier allerdings wesentlich stärker. In den wichtigsten Berufen des Hausgewerbes sind nur noch kaum 25 Proz. (bei den Malern sogar nur 13 Proz.) der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter voll beschäftigt.

Die Arbeitslosenzunahme innerhalb unseres Verbandes war, abgesehen von der Gruppe Kunststoffindustrie, etwas geringer als in den meisten sonstigen Industriezweigen. Nach unserer Arbeitslosenstatistik waren von je 100 Verbandsmitgliedern 34,7 arbeitslos und 22,2 arbeiteten verkürzt. Die entsprechenden Zahlen des Vormonats waren 33,9 v. H. Arbeitslose und 22,3 v. H. Kurzarbeiter.

Zu einigen Industriezweigen ist ein Rückgang der Arbeitslosigkeit eingetreten, der z. B. in der feinsten Keramik- und Spielwarenindustrie ist. Auch in der Glas- und Spielwarenindustrie (insolge der Rübendruckkampagne) auch in der Nahrungsmittelindustrie ist ein Rückgang festzustellen.

Der geographischen Verteilung nach haben die stärkste Arbeitslosigkeit gegenwärtig die Bezirke Ostpreußen, Brandenburg, Schleien und Niedersachsen. Leichtere Rückgänge werden gemeldet aus Provinz Sachsen, Nordbayern, Rheinpfalz, Hessen und Pommern. In der Provinz Westfalen ist die Kurzarbeit zurückgegangen. Ob diese Rückgänge lediglich saisonmäßiger Natur sind, muß abgewartet werden.

Den Beschäftigungsgrad in den einzelnen Industriegruppen unseres Verbandes zeigen folgende Verhältniszahlen an:

Von je 100 Mitgliedern waren arbeitslos:

Table with 7 columns: Industry group, Ende September (männl., weibl., insges.), Ende Oktober (männl., weibl., insges.). Rows include Fabrikarbeiterverband insgesamt, Gruppe: Chemie, Papier, Nahrungsmittel, Spielwaren usw., Sonstige Industrien, Keramischer Bund insgesamt, a) Porzellan, b) Glas, c) Grobkeramik.

arbeiteten verkürzt:

Table with 7 columns: Industry group, Ende September (männl., weibl., insges.), Ende Oktober (männl., weibl., insges.). Rows include Fabrikarbeiterverband insgesamt, Gruppe: Chemie, Papier, Nahrungsmittel, Spielwaren usw., Sonstige Industrien, Keramischer Bund insgesamt, a) Porzellan, b) Glas, c) Grobkeramik.

Zur Warnung!

Die zu welchen unangenehmen Ergebnissen die Ver-nachlässigung der berufsgenossenschaftlichen Unfallverhütungs-vorschriften für die Unternehmer führen kann, zeigen die beiden folgenden Fälle, die dem letzten Verwaltungsbericht der Leder-industrie-Berufsgenossenschaft entnommen sind:

1. Ein 13jähriger Arbeiter wurde von seinem Arbeit-geber entgegen den Unfallverhütungsvorschriften an der Reih-maschine beschäftigt worden und büßte durch Sinein geraten in die Maschine die rechte Hand ein. Der Unternehmer wurde wegen fahrlässiger Körperletzung verurteilt. Der Erfabanspruch der Berufsgenossenschaft gegen den Unternehmer wurde durch Zahlung einer Abfindung von 12 000 RM erledigt.

2. Ein Arbeiter verlor beim Bedienen der Webpresse durch Zulappen der Maschine den rechten Arm. Der Unfall war auf das Fehlen der vorgeschriebenen Sperrvorrichtung zu-rückzuführen, deren Anbringung durch den technischen Aufsichts-beamten ausdrücklich angeordnet war. Auch in diesem Falle wurde der Anspruch der Berufsgenossenschaft gegen den Unter-nehmer durch Zahlung einer Abfindung von 10 000 RM ab-gegolten.

Sonne und Zahlstellen

Hannover, Frauenversammlung

Zu einer wohl gelungenen Veranstaltung hatte die Orts-verwaltung unseres Verbandes in Hannover die Arbeiterinnen aus den ausführenden Betrieben und die Frauen unserer Kollegen am 13. November 1931 eingeladen. Dieser Einladung waren zahlreiche Kolleginnen gefolgt. Die Jugendgruppe der Zahlstelle stellte durch den gemeinsamen Gesang „Früher, zur Sonne“, die Sprechstunde und den Prolog schnell zwischen den Kolleginnen und der Jugendgruppe eine erfreuliche Harmonie her.

Nach dem mit Beifall aufgenommenen Referat erregte die Jugendgruppe noch durch ihre Vorträgeaufführungen. Der lebhafteste Beifall nach dem am Schluß der Veranstaltung auf-geführten Sprechchor „Das Gelübnis“, bewies, daß außer der Referentin auch unserer Jugendgruppe für ihre Mitarbeit am Gelingen des Abends besonderer Dank gebührt. Der Verlauf der Veranstaltung bewies, daß einem schon längst gehegten Wunsch der Kolleginnen Rechnung getragen wurde, und daß solche Veranstaltungen den Organisationsgedanken festigen und verbreiten und der gewerkschaftlichen Arbeit sehr förderlich sind.

Scheibe, Ehrung der Jubilare

Die Mitglieder in Scheibe — ausnahmslos Porzellan-arbeiter der Bezirkszahlstelle Rapphütte — hatten sich kirchlich zusammengefunden, um ihre Kollegen zu ehren, die vor 25 Jahren den Weg zur Organisation gefunden hatten. Kollege Müller begrüßte die recht zahlreich erschienenen und dankte den Jubilaren für ihre geleistete Arbeit und Treue zum Verband. 16 Kollegen konnten die vom Hauptvorstand gestiftete Ehrenurkunde und das Buch „40 Jahre Kampf“ überreicht werden. Es sind dies die Kollegen Gustav Florcksch, Max Donat, Alexander Donat, Oskar Wandrer, Max Weigelt, Max Weigelt II, Günther Weigand, Viktor Weigand, Albert Weigand, Cuno Rauch, Max Baumgarten, Otto Koppe, Emil Donat, Max Hartmann, Max Riefmeyer und Paul Hofmann. Gauleiter Kollege Emil Hoffmann hielt die Glückwünsche des Hauptvorstandes, des Kreisamtes und der Gau-leitungen. Kollege Hoffmann behandelte dann ausführlicher die geschäftlichen Vorgänge von vor 25 Jahren. (Diese Vorgänge bringen wir in einer der nächsten Nummern unter Porzellan, D. N.) Kollege Hoffmann konnte in seiner Rede darauf verweisen, daß die Kollegen von Scheibe hundertprozentig orga-nisiert sind, was ihnen alle Ehre macht und was besonders der jüngeren Generation zur Nachahmung dienen muß.

Der Kollege Alexander Donat dankte im Auftrage der Jubilare für die Ehrung. Bei frühlicher ungezwungener Unterhaltung mit Musik und Gesang blieb die große Zahl der Teilnehmer noch lange beisammen.

Selb, Jubilarehrung

Die Verwaltung der Zahlstelle Selb veranstaltete am 21. November einen schlichten Familienabend mit Jubilarehrung. Die zahlreich erschienenen Mitglieder nebst ihren Angehörigen verlebten einige recht gemüthliche Stunden. Musik und Gesang trugen zur Verschönerung des Abends wesent-lich bei.

Kollege Rieger betonte in seiner Ansprache, daß die Kol-legen nicht mangelnd werden darf; denn eine große Gefahr droht der Arbeiterklasse durch die nationale Opposition. Sind doch viele Hände am Werke, die die wenigen Organisa-tionskräfte, die der Arbeiterklasse noch geblieben sind, mit Hilfe der Wirtschaftskrise beseitigen möchten. Es muß Pflicht der Arbeiterklasse sein, das wenige zu verteidigen, deshalb die Parole: „Einig und bereit sein.“

Im Auftrag der Jubilare dankten die Kollegen Schlaß-nitz und Kühn für die zuteil gewordene Ehrung. Möge diese einfache, schlichte Veranstaltung für die Jungen ein An-sporn sein, das Vertrauen zur Organisation zu steigern.

Düsseldorf, Jubilarefeier

Trotz der Schwere der Zeit ließ es sich die Zahlstelle Düsseldorf nicht nehmen, ihre Jubilare zu ehren. Im ver-gangenen Jahr war die Feier schon zurückgestellt worden. Es waren eine Kollegin und 28 Kollegen, die geehrt werden konnten. Der recht zahlreiche Besuch bewies, daß die Kollegen-schaft ihren alten Vorkämpfern und Wegbereitern zu danken weiß. Musik und sonstige Darbietungen sorgten für Unter-haltung. Die Vorträge mit Umrahmung unserer Jugend-gruppe waren ein anregendes Ergebnis, das vielen Beifall be-kam. Kollege Hering hielt die Festansprache und fand die richtigen Worte, die zu Herzen gingen. Die Jubilarehrung war eine wohl gelungene Feier.

Literarisches

Ein neues wirklich gutes und lesenswertes Frauenbuch. Das lebhaft Verlangt nach einem neuzeitlichen Frauenbuch, das sich besonders an linksorientierte Verlage richtet, hat auch die Bücherzelle Guten-burg, Berlin SW 61, Dreibundstraße 5, voranläßt sich nach einem wichtigen Werk dieser Kategorie umzusetzen. Und sie hat einen guten Griff getan! Der jetzt bei ihr erscheinende Roman „Die Kluit“ von Ellen Wilkin-son, ins Deutsche übertragen von Otto Albrecht von B. B. in Leinen Preis 3 RM, ist eins der wenigen wichtigen Bücher die Bezeichnungen „neuzeitlich“ und „Frauenbuch“ verdienen. Ellen Wilkinson gehört als Mit-glied der englischen Arbeiterpartei dem Britischen Parlament an. Schon als junges Mädchen widmete sie sich der politischen und gewerkschaftlichen Bewegung. Während des Krieges war sie Munitionsarbeiterin und organi-sierte einen Streik. Sie kam ins Gefängnis und als sie von dort entlassen wurde, ging sie sofort in die politische Arena zurück. Der lebhaft kämpfe-

(Fortsetzung von Seite 224)

Die Arbeitslosenversicherungspflicht der Hausgewerbe-treibenden und Heimarbeiter beschnitten, und man will sie zum 1. April 1932 gänzlich arbeitslosenversicherungsfrei machen. Welche Wirkung das geradezu Unverständliche der Gesetzgebung nach dieser Richtung hin haben muß, zeigt der Fall vor dem Spruchauschuß Sonneberg. Nach dem 1. April 1932 sollen vor-aussichtlich nur noch solche Hausgewerbetreibende und Heim-arbeiter arbeitslosenversicherungspflichtig bleiben, deren Arbeit nach Maß, Art und Bedingungen mit der Arbeit von Betriebs-arbeitern auf eine Stufe steht. Das würde bedeuten, daß von den rund 800 000 Heimarbeitern und Hausgewerbetreibenden, die wir in Deutschland haben, vielleicht nur noch 800 bis 1000 arbeitslosenversicherungspflichtig bleiben dürfen. Die übrigen Hungergehaltnen, die Hausgewerbetreibenden und Heimarbeiter, die nichts zu essen haben, wenn sie nicht arbeiten, müßten hungern, wenn sie ohne ihr Verschulden in Arbeitslosigkeit ge-raten sind. Die Verhältnisse in der Heimarbeiter im Kreise Sonneberg sind neben den Auswüchsen der Wirtschaftskrise durch das Verhalten von Unternehmern stark beeinflusst.

Zahl man das aus der Christbaumindustrie, der Kunst-blumen- und Spielwarenindustrie Verdrängte zusammen, so kommt man zu dem Ergebnis: Die Auswüchse der Wirtschaftskrise, der Lohndruck der Unternehmer und die Feindschaft der Unternehmer gegen die soziale Versicherung hat zu grauens-erregenden Erscheinungen in der Heimarbeiter geführt.

Der Hilferuf in höchster Not, den die Heimarbeiter aus-sprechen, richtet sich an die Reichsregierung, an die Staatsregie-rungen und an die Nachauschüsse. Bei diesen Stellen darf der Hilferuf nicht ungehört verhallen. Den Heimarbeitern muß ge-holfen werden. Sie müssen besseren Schutz bekommen wie den gegenwärtigen, und der muß nachdrücklich durchgeführt werden gegen die unlieblichen Zeitgenossen, die sich nicht scheuen, durch Lohndruck und sonstige Arbeiterfeindschaften die Not der Vermissten bis zur höchsten Blüte zu treiben. G. Efflein.

Die Geist dieser politischen Persönlichkeit zieht auch durch den Roman „Die Kluit“, und dieser Roman erzählt nicht nur von dem Schicksal einer jungen Funktionärin der Arbeiterbewegung in England sondern er enthält zahlreiche charakteristische Situationen aus dem modernen Klassen-kampf in England. Historische Persönlichkeiten treten auf und oft sind ihre Handlungen und ihre Reden wirkliche Meisterwerke wiederzuerleben. Die Verfasserin hat es verstanden, aus diesem Stoff einen guten Roman mit viel Geschehnissen und Personen, mit einer Mittelwelt, an deren persö-nlichem Schicksal jeder Leser und besonders jede Leserin Anteil nehmen muß. Das Liebesleben der Romanheldin und ihr politisches Erlebnis ver-mitteln sich durch und lassen sich darauf erblicken, daß hier etwas zur-Mittel zum Zweck ist. Dieser Roman führt in die Büros großer Gewerk-schaften, aber auch in die Salons konzentrierter und umworbener Damen der Gesellschaft, in den Konferenzsaal den die erhitzte Atmosphäre eines ge-neralstreiks erfüllt, aber auch in die armseligen Wohnungen englischer Bergarbeiter, die diesen Kampf wirklich auszufechten haben. Und überall ist sich die große Kluit auf, die Kluit zwischen den Klassen, die weder von einer großen Liebe zweier Menschen, noch von zutreffender Abmahnung-kelt in sozialen Dingen, noch von der eiteln Wohlhablichkeit der bürgerlichen Gesellschaft überbrückt werden kann. Diese Kluit ist es, die in das per-sönliche Erlebnis der führenden Romanfigur einstrahlt und sie zwingt auch in den Dingen der Liebe und der Gesühle Klarheit zu schaffen und sich zu-entscheiden. Wir haben es mit einem Buch zu tun, das mehr als ein per-sönliches Erlebnis wiederzibt. Es enthält ein Stück Zeitgeschichte und es nimmt Stellung zu Problemen die uns alle angehen. Besonders die Arbeiter-frauen werden diesen Roman freudig begrüßen: spricht er doch aus, was sie beweist.

„Die Familie Frank“ und andere kleine Romane von Martin Andersen Nexö. Von Martin Andersen Nexö, der so viel zu reden hat, haben — ge-messen an den Millionen, für die er schreibt — bis vor kurzem nur wenige etwas gelesen. Martin Andersen Nexö ist erst richtig unter den Arbeit-er bekannt geworden durch die Volksausgabe seiner Bücher, die von der Bücher-zelle Gutenberg veranstaltet wird. Inzwischen sind außer dem früher bei der Bücherzelle Gutenberg bereits erschienenen Band „Sonnetta“ die großen Meisterromane „Pelle der Eroberer“ und „Stine Menschenkind“ her-ausgegeben, städtliche Bände, die sofort eine große Auflagenhöhe erreichten, und viele begeisterte Zuschriften an die Bücherzelle und an den Dichter be-wiesen, daß ein Volksausgabe gewartet wurde.

Nun ist ein neuer Band dieser Martin-Andersen-Nexö-Volksausgabe bei der Bücherzelle Gutenberg erschienen: „Die Familie Frank“ und andere kleine Romane“. In Leinen 3 RM. Der Roman „Die Familie Frank“ könnte einen etwas kleineren Band für sich fällen. Aber da die Bücherzelle das Schaffen des Dichters in einzelnen Bänden möglichst restlos erfassen möchte, wurden in diesem Band noch die kleinen Romane „Das Glück“ und „Der Lotterieschwede“ aufgenommen.

Nexö erzählt wieder von dem Leben der kleinen Leute seiner engeren Heimat. Die Frauen in diesem Milieu müssen doppel-leiden und Nexö ver-steht es, ihr Dasein mit den ganzen Mitteln seiner lebenswahren Kunst zu erfassen. Besonders zu zeichnen ist ihm die Mutter Frank, eine Proletarier-frau, die das Geschick ihrer Familie resolut in die kräftige Faust nimmt und mit dem Leben fertig zu werden weiß. Ihre Energie und ihre bittere Entschlossenheit werden durch einen bewährten sarkastischen Humor ergänzt. Diese Frau ist ihrem Manne, der dem Suizid verfallen ist, und ihrer ganzen Umgebung weit überlegen. Mutter Frank nimmt in den Erzählungen und Romanen von Martin Andersen Nexö eine Sonderstellung ein: das ist einmal eine Frau, die ihre Aufgabe nicht darin erblickt, Lasten zu tragen und für andere zu leiden.

Dieses Buch wird für viele, die Martin Andersen Nexö zu kennen glauben, eine neue Entdeckung und eine glückliche Bereicherung sein.

Die Anwartschaft in der Invaliden- und Angestelltenversicherung von Heinrich Backhaus, Arbeitsekretär in Berlin, 71 Seiten, Berlin 1931. Preis 1 RM. Organisationspreis 75 Pfennig. Verlagsanstalt des All-gemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes m. B. H., Berlin S. W. Inselstr. 6a. Das Büchlein soll in erster Linie zur Aufklärung der Versicherten dienen, bietet aber auch dem Praktiker als Nachschlagewerk gute Dienste, zumal nicht nur auf die Gesetzesstellen, sondern auch auf grundsätzliche Entschei-dungen hingewiesen wird. Alle mit der Anwartschaft zusammenhängenden Fragen, wie Versicherungspflicht, Beitragsleistung, Erlöschen und Wieder-aufleben der Anwartschaft, Sonderanstalten und Ersatzkassen sind in leicht-verständlicher Weise erläutert und am Schluß Reformvorschläge zur Aende-rung von Bestimmungen gemacht. Das Buch kann allen Versicherten und Fachleuten empfohlen werden.

Ivala, ein neuer Roman von Peter Freuchen. Peter Freuchen, der Autor des neuen Gildenbuches „Ivala“, ist ein zehnjähriger Däne. Er schloß sich der Expedition des Forschers Rasmussen an und durchstreifte Grön-land. Zwanzig Jahre Leben dort oben genigten, ihn für immer mit den nördlichen Gebieten und deren Menschen innerlich zu verbinden. Es war kein leichtes Dasein, das er dort oben hatte. Die Lebensmittel müssen auf tagelangen und gefährlichen Jaden beschafft werden. Auf weiten Schlitten-reisen muß sich der Mensch dort oben den Gefahren einer schroffen Natur aussetzen, und die Ruhepausen zwischen Arbeit und Schneestürmen sind selten. Aber mit der Zeit gewöhnte sich auch Freuchen an diese Dinge, und bald schien es ihm, als ob die Unannehmlichkeiten nicht das Erlebnis aufwiegen, das ihm wurde, als er die Menschen dort oben, ihre Sitten und Gebräuche kennenlernte. Er heiratete eine Eskimofrau, fuhr vorübergehend nach Däne-mark, nahm an einer neuen Grönlandexpedition teil und mußte schließlich infolge der Strapazen und einer Fußamputation in Dänemark bleiben. Aber er fährt jedes Jahr noch einmal nach Grönland, und alles was er schreibt, bewegt sich um diese wirkliche Heimat. Er wählte die Form der Romane nur, um besser verstanden zu werden und mehr Leser zu finden und auch, weil ihm der Roman besser die Möglichkeit gibt, Empfindungen zu wecken, die der Leser mitfühlen sollen zu jenen Menschen, in deren Mitte Freuchen den Inhalt seines Lebens gefunden hat. „Steis aber“, so schreibt Freuchen, „habe ich mich bemüht, nur was ich wirklich erlebte, zu schildern und die Phantasie auszuschalten.“ Wie in allen seinen bisher erschienenen Büchern, von denen ein charakteristisches Beispiel „Die Flucht ins weiße Land“ heißt, stellt Peter Freuchen auch in dem Roman „Ivala“ das Leben der Polar-eskimos dar. Das ist der große Wert dieses Buches, daß es uns Kenntnisse vermittelt, die nur ein Schriftsteller sammeln konnte, der jahrelang unter den Menschen gelebt hat, die er beschreibt. „Ivala“ ist Peter Freuchens bestes Buch. Und das ist kein Zufall. Dieser Roman ist, wie Freuchen selbst sagt, die Geschichte seiner ersten Ehe, die trotz der Rassenverschie-denheit ihm unendlich viel bedeutete. Mit großer Liebe versenkt sich der Verfasser in das Dasein der Eskimos, und mit besonderer Zärtlichkeit be-schreibt er diese Frau, die sich dort oben zu ihm fand und die ihm alles gab, was nur ein menschliches Wesen dem anderen zu geben imstande ist. Das Andenken an diese Frau hat Peter Freuchen gelehrt durch das Buch „Ivala“, das die Geschichte dieser Ehe ist.

Verbandsnachrichten
Ausgeschliffe
Ausgeschliffe wurden auf Grund des § 14 Ziffer 3 in Verbindung mit § 14 Ziffer 5 des Statuts die bisherigen Mitglieder der Zahlstelle: Anteln: Friedrich Denk, Buch Nummer 766 648. — Königsberg: Franz Krause, Buch Nummer S II 426 604.

# UNTERHALTUNG WISSEN

## Die Glücksbude

Erzählung von Ernst Brezang.

Copyright 1930 by Buchverlag Ostdeutscher Verlag.

(20. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

Sie drückte ihm die Hand. Er war wirklich ein Freund in dieser schweren Zeit. Und wenn sie auch nicht mit ihm lachen konnte, es freute sie, wenn er zur Tür hereintrat, seinen Platz an den Nagel hing, sich die Hände am Ofen wärmte und sich für eine halbe Stunde zu Jeremias an das Bett setzte und Geschichten zum besten gab, die kein Mensch glaubte. Solange er dort war, schien der zehrende Prozess, der hier in der Luft lag, zum Stillstand gekommen zu sein. Aber wenn er ging, ging auch das Leben wieder.

Der Abend kam und es kam die Nacht, da Frau Trude mit offenen Augen lag und auf all die kleinen unheimlichen Geräusche horchte, die um und in dem Hause flüsternd und zischend. Es war wohl der Wind, es waren wohl die Mäuse, es war wohl der Frost, die im Gebälk raschelten, nagten und eifrig arbeiteten. Aber in ihrem gespannten Hirn verknüpfte sie die Laute mit den Argwohngeanken und erschienen als Handvergeräusche des Todes, der gemächlich an der Arbeit war, ein Leben zu zerstören.

Endlich, an einem klaren Dezembertage, als der Himmel sich in klarem Blau über die weißen Dächer der Stadt, über den blühenden Fluß und die weißarmigen Ahornbäume, über die Schneemauer der Gede und den funkelnden Mastenbaum spannte — endlich holte der geschäftige Tod ein wenig Atem. Denn nun war nur noch der letzte Schlag zu tun. Wie auch der Handwerker vor dem Einschlagen des letzten Nagels noch einmal sein Werk betrachtet und ihn dann mit liebender Beschäftigung in das Holz treibt, damit er feststehe im Kern.

„Wie hell es heute ist!“ Jeremias sagte es mit halb-lauter Stimme, in einem freien, freundlichen Ton, der in Frau Trude ein maßloses Erstaunen hervorrief.

Er bemerkte es und lächelte. Nichts Gezwungenes war in seinen Mienen.

Sie stand in fragender Befangenheit vor ihm.

„Ein heller Tag“, wiederholte er. „Draußen ist wohl alles ganz weiß? Ich sehe es an der Kaitanie.“

„Ja, Soll ich dir dein Bett ans Fenster rücken?“

„In die Sonne, ja.“ Und als es geschieden war: „Das tut gut. Die Sonne ist, als hätte ich hundert Jahre geschlafen und sei eben aufgewacht.“

Frau Trude fühlte etwas Heißes, Freudiges in der Brust emporkommen. Sie beugte sich über das weiße Gesicht und küßte es. „Und nun wirst du noch bleiben, Liebling.“

Er nickte leicht, den Blick träumerisch aus dem Fenster gerichtet, in die weißen Feste und Zweige der Kaitanie hinaus. Dort im Schnee glimmerte und blühte das Licht. Und wenn ein Sperling aufstieg, klang es in unzähligen glühenden Tönen am Fenster vorbei.

„Wie fett die Spaken sind.“ Er sagte es mit heiterer Miene.

„Du hast ihnen viel übrig gelassen, mias.“ Sie streichelte ihm die hagere Wange. „Aber nun mußt du essen. Tächtig essen.“

„No, Mich hungert auch. Hast du etwas Gutes?“

Sie lächelte und ging mit schnellen, elastischen Schritten in die Küche, um die Mahlzeit zu bereiten. Ihre Hände bebten vor Eifer und Aufregung. Sie mußte ihre ganze Willenskraft aufbieten, um die Gedanken bei der Arbeit zu haben; sie flatterten immer wieder davon, wie Vögel, denen der Käfig gestrichelt wurde, und wollten stets von neuem entfliegen werden.

Und dann als er, Frau Trude mußte sich aus dem Bett setzen und mit ihm speisen. Er machte sich einen Spaß daraus, ihr die besten Stücken wegzunehmen. Und lächelte, wenn es ihm gelungen war. Es gelang ihm immer. Es war reichlich für beide da, und Frau Trude konnte noch gut ihren Hunger stillen, der sich mit einemmal in freudigem Appetit an diesen jelsamen Speisestück geistert hatte.

„Hat Jeremi in letzter Zeit geschrieben?“

„Ja, Gernern kam ein Brief. Soll ich ihn dir vorlesen?“

„Nein, Ich möchte selbst.“

Sie reichte ihm den Brief. Es waren nur freundliche begleitete Mitteilungen darin über die eigene Tätigkeit, einige Selbstanklagen, weil er meinte, die Krankheit des Paters verschuldet zu haben, der immer wiederholte Ausdruck seiner innigen Anteilnahme, und schließlich das Versprechen, daß er seinen Eltern einen frohen und sorgenlosen Lebensabend bereiten werde.

Jeremias las langsam und lange.

Frau Trude beobachtete gedankt seinen Gesichtsausdruck, besorgt, daß der Brief die alten trübten Empfindungen erwecken werde. Aber er gab ihm mit Ruhe zurück, nickte ihr zu und sagte: „Schreib ihm, daß ich ihm seinen Streich vergesse habe! Vielleicht ist es gut so. Vielleicht. Nun bin ich müde. Laß mich ein wenig schlafen. Hier in der Sonne.“

Sie ging hinaus und dachte: Was wird Doktor Trall sagen? Am liebsten wäre sie zu ihm gelaufen, die freudige Nachricht zu verkünden, daß Jeremias nun endlich, endlich den großen Schmerz überwinden habe und zum Leben erwacht sei. Und daß auch sie wieder mutig kämpfen wolle, weil sie von neuem hoffen durfte. Es war ein wenig Paroxysmus in ihrer Freude undieberhafte Ungebuld. Erst bei dem Arbeiten in der Küche beruhigte es sich allmählich in ihr und bereitete die stille, heitere Ruhe aus, die sie früher nie verlassen hatte. Sie begann zu singen. Ganz leise und unbedeutend erst. Und dann ward es immer lauter und voller und schloß zu hellen, fröhlichen Akkorden.

Sie erschrak, weil sie fürchtete, Jeremias gewacht zu haben. Sie öffnete leise die Tür zur Stube. Da leuchteten ihr zwei Augen in großer Freude entgegen. „Gut, ich bin noch da, Liebling.“

Er nickte lächelnd. „Es war schön. Sehr schön. Du mußt dich wachern an mein Bett setzen und singen.“

„Ich hole mir ein wenig Auchen, Liebling. Denn heut ist ein Feiertag.“

„Ja, Heut ist ein Feiertag.“

Und als sie zurückkam, den Tisch an das Bett rückte und das Kaffeegeschirr aufräumte, sagte er: „Es ist fast so wie damals, als du aus dem Wochenbett aufgestanden warst. Erinnerst du dich?“

„Ja, natürlich. Ich hatte eine so unbändige Kraft in mir.“

„Sie haben sich küßelnd an. Und nach einer langen Pause.“

„Sie küßelnde den Kopf. Ich glaube nicht, mias. Du warst immer bei mir. Auch in den letzten schrecklichen Momenten.“

Er rief zum Fenster hinaus, in die Kaitanie hinaus, während Trude den Tisch abräumte. Ein leichter Rosa-

schimmer lag auf den Schneeballen zwischen den Ästen und lief an den weißen Linien der Zweige entlang.

Und als Frau Trude wieder hereinkam und sich zu ihm setzte, ward das Rot immer tiefer und tiefer und breitete sich wie ein glühender purpurner Schleier über Garten und Gede und Haus. Er legte sich wie ein Schein von Gesundheit auf das weiße Gesicht des Kranken, auf die blaffen, dünnen Hände und spielte auf dem hellen Deckbett. Frau Trude's Augen leuchteten. Sie sah gerade hinein in den roten Feuerball, der dort hinten wie in einem dichten Nebel verankert.

„Wie hübsch du bist, Liebste! Was immer!“ Er lächelte ihr zu. „Nun singe mir eins. Etwas Trostes und Mutiges. Vom Wandern. Es reizet dich so gut.“

Und während Frau Trude wie gebannt in die Sonne blickte, in die wallenden Nebel, die wie schwere Wolken von den Wiesen emporkiegen, sich hin und her drängten, sich ausbreiteten und mehr und mehr das feurige Rot dämpften, sang sie. Sang, was da unwillkürlich aus dem Allertiefsten ihrer Seele heraufdrängte und sich in inniger, jubelnder Freude zu Wort und Melodie wandelte. Wie ein Auferstehen war's. Ein Auferstehen aus Angst und lauernder Verzweiflung zu neuer Tat. Das Dunkle, das Unfassbare und lautlos Qualende lag hinter ihr, unter ihr. Es war besiegt. Besiegt von dem Willen zum Leben, der nun wie Orgelflag das ganze Haus erfüllte und den schleichenden Tod aus allen Winkeln jagte.

Den schleichenden Tod. Denn nun trat er mit festen Schritten auf und trieb den letzten Nagel ein, daß er feststehe im Kern.

Frau Trude schweig und sah, ganz von glücklicher Empfindung erfüllt, hinaus. Sie konnte den Blick nicht losreißen. Dort wogten und wallten die Abendnebel, zuweilen durchbrochen von dem letzten roten Schimmer der Sonne. Immer näher kamen sie. Und nun krochen die schweren grauen Massen über die Gede, an den Dächern, an der Kaitanie, am Hause empor — und saßen in die Scheiben. Und Frau Trude sah in ihrer Erinnerung ein bewunderndes Lächeln auf Jeremias' Gesicht. Das sie dort ausgebreitet, während sie sang. Und sie sah, daß er dann selig die Augen geschlossen hatte, nachdem er ihre Hand gefaßt. Nun spürte sie ein leichtes Zittern in seinen dünnen Fingern, mußte die Augen gewaltsam abwenden von den grauen Nebelmassen, die sich über die rotglühende Schneekuppe wälzten, mußte die Augen, noch halb geblendet, auf den Kranken richten. Ein feines Wehen ging durch seine Lider, und in der Nase zuckte es einigemal merklich auf.

Dann lag Jeremias still, ganz still, weiß und friedlich da. „mias?“ Frau Trude beugte sich, von einer heiligen Angst erfüllt über ihn — tiefer und tiefer — mit immer größer werdenden, erschrockenen Augen.

„mias?“  
Ihr schluchzender Mund sank auf seine erkaltende Stirn... (Fortsetzung folgt.)

## Märtyrer der Wissenschaft

Professor Dr. Guido Holznecht, der berühmte Wiener Röntgenologe, starb kürzlich unter furchtbaren Qualen den Märtyrertod für die Wissenschaft, denn er hat durch seine Untersuchungen über die Gefahren und Bedeutung der Röntgenstrahlen sich selbst den furchtbaren Röntgenkrebs zugezogen, dem er erlegen ist. Er hat das Verdienst, nicht nur bahnbrechend auf dem neuen Gebiete der Medizin gewirkt zu haben, sondern auch die Methoden erforscht zu haben, um die Kräfte vor den Schädigungen dieser Strahlenart zu schützen. Er hat viele Leidensgenossen, die Märtyrer für die große Sache der Menschheit geworden sind. Der deutsche Begründer der Röntgenforschung und Klassiker der Röntgenologie Professor Leo Dorn, der Leiter des Strahleninstituts am Virchow-Krankenhaus zu Berlin, starb den gleichen Tod. Im Jahre 1925 erlag dem Röntgenkrebs Professor Vergante in Bordeaux, der an seinem eigenen Körper im Bewußtsein des nahen Todes die entsetzlichen Folgen dieser modernen Vernetzkrankheit studierte. Und einen Tag später starb im Hospital von Tenon der weltberühmte Radiumforscher Professor Dementroff. Andere Opfer des Radiums sind die englischen Forscher Hall-Edwards, Bronside Bruce vom Charing-Cross-Hospital und MacCall vom Londoner Hospital. Keiner von ihnen entzog sich seinen Arbeiten auch dann nicht, als sie erkannt hatten, daß sie ihnen Krankheit und Tod bringen. Die meisten haben sogar noch Aufzeichnungen gemacht, um ihre Kollegen über das Weien dieser Erkrankungen zu belehren. Es war ein neues und unbekanntes Gebiet, das bisher der Forschung noch unzugänglich gewesen war. Diese Märtyrer der Wissenschaft waren also nicht nur Bahnbrecher einer neuen Erkenntnis, sondern auch einer unbekannteren Heilungsmethode. Auch auf anderen Gebieten sind Kräfte vielfach durch ihre Forschungen — allerdings mit voller Absicht — Opfer ihres Veruzes geworden, oder sie haben die furchtbarsten Gefahren auf sich genommen, um ihre Theorien zu erhärten. Der Professor v. Bektenlofer erklärte, daß Choleraabazillen nur in Verbindung mit gewissen Speisen, wie Obst, Kohl usw. gefährlich werden, da sie dann ein tödliches Gift produzieren. Um diese Anschauung zu beweisen, nahm er eine Kultur von Choleraabazillen zu sich, lebte aber dann ganz streng nach seinen Anschauungen. Seine Freunde und Schüler zitterten schon für sein Leben, nur er selbst war völlig unbesorgt. Allerdings konnte er es sein, denn seine Theorie war richtig. Er erkrankte nicht. Dr. Soraga-Prag infizierte sich mit Tuberkelbazillen, um die Krankheit studieren zu können. Professor Kall ließ sich durch Gelbfieberbazillen krank machen und starb als Opfer seiner Wissenschaft, und Professor Manson machte sich malarialkrank, um die Ansteckung verhindern zu können. In Auba wurde durch das Opfer mehrerer Ärzte der Gelbfieber-Erzeuger gefunden, und das ganze Land konnte von dieser Seuche dadurch befreit werden. Zahlreiche Gelehrte erprobten an ihrem eigenen Körper verheerende Gifte und mußten ihren Fortschrittdrang mit dem Leben bezahlen. So erging es dem englischen Professor Waring, der Schlangengift zu sich nahm. Professor Gal-dane, der englische Biologe, blieb fast zwei Stunden in einer „Kohlensäure-Kammer“, um die Bedeutung der Kohlensäure für den menschlichen Organismus zu erforschen. Er kam mit dem Leben davon, mußte aber feststellen, daß eine Atmosphäre mit einem Kohlensäuregehalt von 50 Proz. auf den Körper die jeltstimmten Wirkungen hatte. Er konnte sich nicht bewegen und hatte schwere Schwindelanfälle. Erst nach vielen Stunden verstanden die Folgen dieser Vergiftung des Organismus. Die beiden Londoner Ärzte Dr. Brown und Dr. Groot machten im Jahre 1929 seltsame Experimente, um festzustellen, wieviel Hitze ein Mensch ertragen könne. Sie ließen sich in einem Vakuum einschließen, der allmählich auf eine Temperatur von mehr als 100 Grad Celsius gebracht wurde.

Zuerst funktionierten die Abwehrkräfte des Körpers durch ungeheuren Schweißausbruch. Dann aber konnte der Organismus sich vor dieser großen Hitze nicht mehr durch natürliche Gegenmaßnahmen schützen, die in normalen Fällen den Körper vor Schäden bewahren. Es begann ein Zustand, der hohem Fieber ähnelte. Es war vorzuziehen, daß sich derartige Folgen einstellen würden. Jedenfalls stellten die beiden Forscher fest, daß nachhaltige Schädigungen durch zu große Hitze nicht erzeugt werden, vorausgesetzt, daß die Einflüsse auf den Organismus nicht zu lange dauern. Da im allgemeinen der Mensch nicht Temperaturen von 100 Grad aushält, so gaben diese Versuche für die ganze Menschheit oder für die Befämpfung von Krankheiten keine Bedeutung, sondern nur für die Erforschung der Widerstandsfähigkeit des menschlichen Organismus großen Hitzegraden gegenüber. Die anderen Experimente aber waren meist dazu angetan, der Menschheit im Kampfe gegen Seuchen und Leiden aller Art zu dienen. So hat z. B. der amerikanische Arzt Guben in seine Mandeln Diphtheriebazillen auf künstlichem Wege eingeführt, da die neueste Anschauung den Mandeln für die Gesundheit des Körpers die größte Bedeutung zuspricht. Es ergab sich, daß die Bazillen von hier aus den Weg in den Körper fanden und schwere Erkrankungen zur Folge hatten. Auch dieser Mann scheute eine schwere Erkrankung und unter Umständen den Tod nicht, um sich ein untrügliches Bild von der Bedeutung eines vielumstrittenen Organs zu machen. Alle diese Männer sind Helden auf dem Schlachtfelde der Wissenschaft. Sie verdienen alle Ehren großer Helden. Dr. R. Ehlers.

## Die Wirkung von Schwitzbädern

In der Zeitschrift „Therapie der Gegenwart“ berichten Marchioni und Offenhe in über sehr interessante Untersuchungsergebnisse, welche die Frage klären sollen, welchen Einfluß eigentlich die Schwitzbäder auf unseren Organismus haben. Man hat sich nämlich dieses Problem, trotz der ungeheuer verbreiteten Anwendung der Schwitzbäder bei den verschiedenartigsten Erkrankungen noch viel zu wenig klar zu machen verstanden. Schon aus dem Namen „Römische Schwitzbäder“ kann man sehen, daß diese Art der Behandlung schon im Altertum vollkommen bekannt war; allerdings hat sich im Laufe der Jahrhunderte der Umfang der Anwendungsgebiete ganz bedeutend erweitert. Erst in der allerneuesten Zeit ist man dazu übergegangen, auch bei Hauterkrankungen die Schwitzbäder zum Erzielen verschiedenartigster Wirkungen anzuwenden. Die Erfolge, über die die Forscher berichten, haben sie durch Hitzewirkungen von etwa einhalbstündiger Dauer erzielt. Zu unterscheiden ist die Wirkung einer Schweißabsonderung nach außen von denjenigen Effekten, die sich durch Vermehrung der Stoffwechselvorgänge an den inneren Organen äußern. Die äußere Schweißabsonderung umhüllt die ganze Haut mit einer vermehrten Säureausschweimung und ermöglicht es dadurch, die Haut durch einen bakterienabkötenden Mantel zu sichern. Diese Wirkung ist für gewisse Hauterkrankungen außerordentlich wichtig. Da in dem Schweiß auch eine bedeutende Menge Kochsalz ausgeschieden wird, tritt eine weitgehende Entlastung der Nierentätigkeit ein und werden gute Erfolge bei Nierenkrankungen gewährleistet. Bisher ist viel zu wenig beachtet worden, daß in dem abge-sonderten Schweiß auch Zucker enthalten ist und so gewisse Einwirkungen auf Zuckerkranke zu erzielen sind. Allerdings muß diese Zuckerauscheidung auch zu der Erväkung Anlaß geben, daß der ausgeschiedene Zucker auf der Haut einen besseren Nährboden für die Hautbakterien schafft und es daher außerordentlich wichtig ist, nach Schwitzbädern die Körperhaut gut abzutrocknen. Im Innern unseres Körpers zeigt sich nach dem Schwitzen ein vermehrtes Vorhandensein von Kalzium und weichen Blutkörperchen, und eine Verdrängung der Körperflüssigkeit vom Körperinnern zur Peripherie hin. Schon diese kurzen Ausführungen beweisen, daß durch geeignete Schwitzbäder die gerade in der modernen Behandlung gewünschte Umstimmung des ganzen Körpers bei Infektionskrankheiten voll auf zu erzielen ist. Dr. Dornin.

## Dummheit und Aberglaube



pflanzen sich wie ewige Stankheiten fort, wenn wir nicht dafür sorgen, daß auch unsere Angehörigen schöne und gute Bücher in die Hände bekommen. Als Mitglied der Büchergilde Gutenberg Berlin 58 61, Dreihundirt. 5, erhalten Sie für einen Monatsbeitrag von 1 RM pro Quartal ein Buch der Normalreihe, das Sie sich in freier Auswahl unter 130 erzahlenden und populärwissenschaftlichen Werken aussuchen können.

## Der Bierverbrauch des deutschen Volkes

In diesen Wochen sind die amtlichen Zahlen über den Bierkonsum im Rechnungsjahr 1930 (1. April 1930 bis 31. März 1931) veröffentlicht worden. Danach ist unter Zugrundelegung des Bierausstoßes und Berücksichtigung der Vorräte und -ausfuhr berechnet worden, daß das deutsche Volk im Jahre 1930/31 4310 Millionen Liter Bier getrunken hat. Zwar ein Rückgang von etwa 16 Proz. gegenüber dem Voriahr, aber immer noch eine ungeheuerlich große Menge, gemessen an dem wirtschaftlichen Stand der breiten Volksmasse! Dazu kommt noch, daß in jenem Jahr weder die Witterung des Sommers noch die Erhebung der Biersteuern dazu anregte, die Käffer der Brauereien zu leeren. Und trotzdem beträgt der Jahresverbrauch einer vierköpfigen Familie noch rund 300 Liter Bier! Das Reich hat aus dem Biergenuss des Volkes an Steuern ummittelbar 476 Millionen RM gezogen. Eine vierköpfige Familie hat also durchschnittlich etwa 30 RM Reichsbiersteuer aufgebracht. Weniger „Opferstein“ wäre hier dem Volkswohl sehr zuträglich.